Proletarier aller Länder vereinigt euch !

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

108. Jahrgang, Nr. 6 — Juni 2026

PPI Eigenverlag "Wilhelm Pieck"
Redaktion und Vertrieb
99084 Erfurt, Johannesstraße 156
Tel.: 0170/1831495 - *Tel.: 0361/64458760*

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)

Einzelpreis: 3,20 Euro
Jahres-Abonnement: 35,00 Euro
Förder-Abonnement: 45,00 Euro

AUS DEM INHALT

SEITE 2:
- Vom Auto zum Panzer

SEITE 3:
- Elbe-Tag 2026 in Torgau
- Agrar und Umwelt: Deutschland erreicht Erdüberlastungstag

SEITE 4:
- Wie Dresden seine Wohnungen verscherbelte

SEITE 5 - JUNGKOMMUNIST:
- Ey Atze – Experten
- Rotes Jugendcamp 2026

SEITE 6:
- Fidel Castro: Ein Jahrhundert revolutionäres Erbe

Gedanken während des 1.Mai



In den Morgenstunden des 1. Mai saßen aus verschiedenen Richtungen kommend, insgesamt 9 Genossinnen und Genossen in ihren Autos bzw. kamen sogar zu Fuß aus ihren Übernachtungsmöglichkeiten in Richtung Marktplatz in Halle. Die jährliche Maikundgebung war unser aller Ziel. Eine Genossin kam aus Wismar, drei Genossen aus Berlin, einer aus Aschersleben, einer aus Dessau, eine Genossin aus Halle selbst und ein Sympathisant unserer Partei kam sogar extra aus Hamburg gefahren und einer aus Bernburg.

An diesem Tag ging es, wie in den letzten Wochen schon so oft um die Sammlung von Unterstützerunterschriften zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Um es vorwegzunehmen, wir waren sehr erfolgreich an diesem Tag und konnten knapp über 100 Unterschriften sammeln.

Aber das ist nicht der Grund, der mich dazu brachte, diesen Artikel hier zu schreiben, denn an ganz vielen Stellen in Sachsen-Anhalt waren an diesem Tag Genossinnen und Genossen unterwegs genau zu diesem Zweck.

Nein, es geht mir um etwas anderes.

Bereits in Stendal war uns allen aufgefallen, daß ganz viele Menschen mit denen wir sprachen, zu uns sagten, „was euch (KPD) gibt es noch?“. Das war für uns schon sehr erschreckend und natürlich ein deutliches Zeichen dafür, daß wir mehr in die Öffentlichkeit müssen.

Nein, an diesem Tag passierte in meinen Augen noch etwas viel Gravierenderes.

Nachmittags 16 Uhr, die Veranstaltung auf dem Markt war bereits zu Ende, formierte sich in einiger Entfernung vom Marktplatz eine revolutionäre Maidemo. Nur noch zu dritt gingen wir dorthin, denn viele unserer Mitkämpfer an dem Tag waren natürlich sehr geschafft, wir sind ja alle auch nicht mehr die Jüngsten. Als wir am Treffpunkt der Demo ankamen, hatten sich bereits viele junge Menschen versammelt, die Gesamtzahl während des Demozugs schätze ich auf 200-300 Teilnehmer. Die Jugend hatte eine Box mit Mikrofon besorgt und drei von ihnen hielten eine kämpferische Rede. Und jetzt kommt der Grund, warum ich hier diesen Artikel geschrieben habe. Alle drei erwähnten in ihren, mit einem guten Klassenstandpunkt geprägten Reden, daß sie eine kommunistische Partei aufbauen müßten, um sich zu organisieren.

Mir blieb fast die Spucke weg, als ich das hörte, da gibt es uns als KPD und die Jugend sagt, wir müssen eine kommunistische Partei aufbauen. Was ist da los? Warum findet uns die Jugend nicht? Eine Jugend, die durch Halle läuft und ruft: „Frieden, Freiheit, Sozialismus“ und „Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft“, und diese Jugend findet uns nicht? Warum ist das so? Am Programm und unserem Statut kann es meiner Meinung nach nicht liegen. Liegt es an dem alten psychologischen Problem, daß die meisten von uns alle zu alt sind und sich die Jugend noch nie was von den Alten hat sagen lassen wollen? Warum kommt die Jugend nicht zu uns?

Ich war den Tag einfach zu überrascht von diesem Problem und ehrlich gesagt, fehlte mir auch der Mut, mich vor diese vielen jungen Leute zu stellen und zu sagen, hey hier sind wir, hier ist die Partei, die ihr braucht. Außerdem fand ich, daß es mir nicht zustand, ohne vorherige Absprache in der Partei mich dort im Namen der KPD zu äußern.

Für mich dieses Erlebnis resümierend muß ich sagen, daß dieses Problem auch irgendwie mit uns zu tun haben muß. Was machen wir falsch, warum kommen die jungen Menschen nicht zu uns? Was müssen wir ändern, damit die Jugend sagt, ja die KPD ist meine politische Heimat, mit denen kann ich was erreichen.

Ich habe am 8. Mai zum Schulstreik jedenfalls erst mal den Schulstreikenden angeboten, daß sie, wenn sie was zu drucken haben, gerne zu mir kommen können und ich würde ihnen helfen.

W.S. Aus Sachsen-Anhalt

+++ IN KÜRZE +++

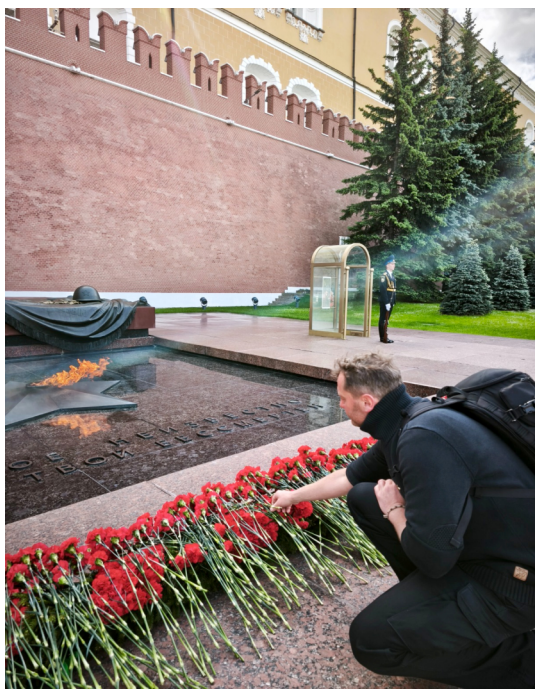
KPD-Delegation in Moskau

Auf Einladung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) hat eine Delegation der KPD am Internationalen Forum progressiver und linkspatriotischer Kräfte in Moskau teilgenommen. Das Forum fand vom 23. bis 27. Mai 2026 in der russischen Hauptstadt statt.



Vertreter kommunistischer und Arbeiterparteien aus zahlreichen Ländern aller Kontinente berieten gemeinsam mit Gewerkschaftern, Jugend- und Frauenorganisationen, Wissenschaftlern und Parlamentariern über die aktuelle Lage und den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Krieg und Aggression. Höhepunkt war die internationale Konferenz „Der Kampf gegen internationalen Terrorismus, Willkür und Aggression – Für Frieden und Sicherheit“.

Die KPD betrachtet die Teilnahme an diesem Forum als wichtigen Beitrag zur Stärkung der internationalen Solidarität der Kommunisten und aller antiimperialistischen Kräfte. In Zeiten wachsender Kriegsgefahr durch NATO und westliches Monopolkapital, massiver Aufrüstung und sozialer Verelendung ist der geschlossene Kampf der fortschrittlichen Kräfte notwendiger denn je.



Ehrung am Grabmal des unbekannten Soldaten

Die Delegation der KPD hat in Moskau die Position unserer Partei deutlich vertreten: Gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung in der Bundesrepublik, gegen die Ausplünderung der Werktätigen und für eine konsequente antiimperialistische Politik. Auf unserer Webseite www.k-p-d.org haben wir die gemeinsame Abschlußerklärung der Konferenz, an der 120 Delegationen aus fast 100 Ländern teilnahmen, eingestellt.

Zum Internationalen Kindertag 2026



Der Barmaley-Brunnen (auch „Kindertanz“ genannt) stand ursprünglich auf dem Bahnhofsplatz von Stalingrad, dem heutigen Wolgograd. Die Skulptur zeigt sechs Kinder, die Hand in Hand um ein Krokodil tanzen. Weltberühmt wurde der Brunnen durch Fotografien aus der Schlacht von Stalingrad, auf denen die unversehrte Kindergruppe vor den Ruinen und Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs zu sehen ist.

Bitten der Kinder

Bertolt Brecht

Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber sollt man nicht kennen.
Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Straf sein.
Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner soll müssen töten einen.
Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.
Die Jungen sollen' s erreichen.
Die Alten desgleichen.

4 197069 103202 06

+++ KURZMELDUNGEN +++

Widerstand gegen Kriegsvorbereitung stärken

Friedenskonferenz am 27. Juni in Leipzig

Während Milliarden für Aufrüstung, Waffenlieferungen und Kriegsvorbereitung bereitgestellt werden, erleben viele Menschen im Alltag Sozialabbau, steigende Preise und den Abbau demokratischer Rechte. Umso wichtiger ist es, den Widerstand gegen Militarisierung und Kriegspolitik zu stärken und gemeinsam über Wege zu einer friedlichen Zukunft zu diskutieren. Unter dem Motto „Mehr Widerstand gegen die Kriegsvorbereitung – Chancen im Kampf um eine friedliche Welt“ laden die Marx-Engels-Stiftung Wuppertal und die Rot-Fuchs-Regionalgruppe Leipzig am 27. Juni von 10.00 bis 16.00 Uhr zu einer Friedenskonferenz nach Leipzig ein (Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig). Auch Referenten der KPD werden sich mit inhaltlichen Beiträgen an der Tagung beteiligen.

Nach Einführungsreferaten von Prof. Ekkehard Lieberam und Dr. Manfred Sohn stehen zentrale Fragen des heutigen Friedenskampfes im Mittelpunkt der Diskussion: der Widerstand gegen Sozialstaatsabbau und Demokratieabbau, die Entlarvung der Kriegspolitik, die sich demagogisch als „Friedenspolitik“ ausgibt, sowie die Aktualität des antimilitaristischen und antifaschistischen Kampfes.

Die Konferenz wird von weiteren friedensbewegten Organisationen unterstützt und bietet Gelegenheit zum Austausch, zur Diskussion und zur gemeinsamen Beratung über notwendige Schritte gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Die Teilnehmergebühr beträgt 5 Euro, ermäßigt 3 Euro. Interessierte sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen und ein Zeichen für Frieden und internationale Solidarität zu setzen.

mn

Deutsche Drohnen, deutsche Eskalation

Mehrfach wurde Moskau im Mai Ziel von Drohnenangriffen aus der Ukraine. Dabei handelt es sich nicht mehr nur um einzelne Sabotageakte. Die Angriffe zeigen eine neue Qualität der Eskalation. Vieles deutet darauf hin, daß dabei Drohnen eingesetzt wurden, die in Kooperation deutscher und ukrainischer Unternehmen entwickelt und produziert werden. Die Bundesregierung unterstützt diese Projekte offen und treibt damit die weitere Eskalation des Krieges voran.

Die Bundesrepublik wird so immer tiefer in den Krieg hineingezogen. Unter dem Vorwand der „Unterstützung der Ukraine“ beteiligt sich der deutsche Imperialismus faktisch an der Ausweitung des Konflikts. Die Produktion weitreichender Drohnen in der Bundesrepublik ist keine „Verteidigung“, sondern ein Beitrag zur Eskalation zwischen NATO und Rußland. Die Regierungspolitiker in Berlin sprechen von „Freiheit“ und „Sicherheit“. Tatsächlich verfolgen sie geopolitische und wirtschaftliche Interessen. Die Ukraine dient den NATO-Staaten als Werkzeug im Machtkampf gegen Rußland. Leidtragende sind die arbeitenden Menschen – in der Ukraine, in Rußland und auch bei uns.

Gleichzeitig wächst dadurch die Gefahr eines direkten militärischen Zusammenstoßes zwischen der BRD und Rußland. In Rußland werden bereits Forderungen laut, härter gegen jene Staaten vorzugehen, die den Krieg politisch, finanziell und militärisch antreiben. Die Bundesregierung spielt mit dem Feuer und gefährdet den Frieden in ganz Europa. Während Milliarden für Waffen und Aufrüstung bereitgestellt werden, fehlt Geld für Wohnungen, Krankenhäuser, Bildung und soziale Sicherheit. Der Kriegskurs dient den Interessen der Rüstungskonzerne und des deutschen Imperialismus – nicht den Interessen der Bevölkerung.

Die KPD steht klar gegen diese Kriegspolitik. Wir lehnen die NATO-Strategie der Eskalation ebenso ab wie die Militarisierung Deutschlands. Keine Waffenlieferungen, keine Drohnenproduktion, keine deutsche Beteiligung an imperialistischen Kriegen! Statt Aufrüstung und Konfrontation braucht es Frieden, internationale Solidarität und den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen.

Vom Auto zum Panzer

In den letzten beiden Jahren haben wir wiederholt über die Krise der Autoindustrie und den Aufstieg der Rüstungsproduktion berichtet. Diese Entwicklungen sind keine getrennten Phänomene. Sie verdichten sich zunehmend zu einem einheitlichen Prozeß: Die Grenzen zwischen ziviler Industrie, Rüstungswirtschaft und staatlicher Aufrüstungspolitik verwischen systematisch. Es entsteht ein moderner militärisch-industrieller Komplex, in dem Kapitalverwertung und Kriegsproduktion immer enger miteinander verflochten werden.

Was als „Anpassung an eine unsichere Weltlage“ dargestellt wird, ist in Wirklichkeit Ausdruck einer strukturellen Verschiebung im Kapitalismus: Sinkende Profitmöglichkeiten in traditionellen zivilen Märkten treffen auf massive staatlich garantierte Nachfrage im Rüstungssektor. Der Krieg wird damit nicht nur politisch vorbereitet, sondern auch ökonomisch organisiert.

Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung in der deutschen Autoindustrie. Wie im Mai bekannt wurde prüft der Mercedes-Benz-Konzern inzwischen offen den Einstieg in die Rüstungsproduktion. Konzernchef Ola Källenius verweist auf eine „unberechenbar gewordene Weltlage“ und die Notwendigkeit, Europas „Verteidigungsfähigkeit“ auszubauen. Hinter dieser Sprache verbirgt sich eine klare ökonomische Logik: Rüstung wird als wachsender, staatlich abgesicherter Profitsektor begriffen, der neue Verwertungsmöglichkeiten eröffnet.

Auch Volkswagen richtet seine Strategie zunehmend auf militärische Produktionsfelder aus. Konzernchef Oliver Blume bestätigte „schon weit fortgeschrittene“ Gespräche mit Rüstungsunternehmen. Besonders im Fokus steht dabei die Umstellung von Standorten, an denen zivile Produktion zurückgefahren wird – etwa in Osnabrück. Dort wird mit dem israelischen Rüstungsherstellers Rafael über die Fertigung militärischer Komponenten, unter anderem für Luftabwehrsysteme, diskutiert. Wie die „Wirtschaftswoche“ berichtete, wollen die Israelis im VW-Werk Osnabrück Teile für das Flug-Abwehr-System „Iron Dome“ herstellen. Zwar wird eine direkte Waffenproduktion von VW rhetorisch ausgeschlossen, doch militärische Fahrzeuge, Logistik- und Zulieferstrukturen werden ausdrücklich als Geschäftsfeld definiert.

Damit wird deutlich: Die sogenannte „zivile“ Autoindustrie beginnt, sich strategisch in die militärische Produktionskette einzugliedern. Parallel dazu entstehen neue Verflechtungen zwischen Rüstungsindustrie und digitaler Infrastruktur. Die Kooperation zwischen Rheinmetall und der Deutschen Telekom zur Entwicklung von Drohnenabwehrsystemen zeigt exemplarisch diese Tendenz. Ziel ist die Integration von Kommunikationsnetzwerken, Sensorik und Abwehrtechnologien zur militärischen Nutzung kritischer Infrastruktur. Damit verschmilzt nicht nur Industrie mit Militär, sondern auch digitale Großkonzerne werden direkt in sicherheitspolitische und militärische Strukturen eingebunden. Die Grenze zwischen ziviler Netztechnologie und militärischer Kontrolle wird zunehmend aufgehoben.

Ein Fakt der oft nicht benannt wird: Diese Entwicklung wäre ohne die aktive Rolle des Staates nicht möglich. Die massive Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und der NATO-Staaten schafft den ökonomischen Rahmen, in dem sich Rüstungsproduktion als verläßliches Wachstumsfeld etabliert. Subventionen, Förderprogramme und langfristige Beschaffungspläne garantieren den Konzernen stabile Profite. Der Staat tritt dabei nicht als neutraler Regulator auf, sondern als zentraler Organisator der Nachfrage nach Kriegsmaterial. Öffentliche Mittel werden systematisch in militärische Produktionskapazitäten umgeleitet und stabilisieren so die Expansionsstrategie der Rüstungsindustrie.

Besonders sichtbar wird diese Entwicklung militärischer Reindustrialisierung in Ostdeutschland. In Ludwigsfelde südlich von Berlin produziert Mercedes-Benz bislang Nutzfahrzeuge. Mit dem Rückgang ziviler Produktion rückt jedoch eine Umstellung auf militärische Fertigung in den Bereich des Möglichen. Der Rüstungskonzern KNDS hat Interesse an einer Übernahme signalisiert, um Kapazitäten für Großaufträge der Bundeswehr – etwa für den Radpanzer „Boxer“ – auszubauen. Auch Rheinmetall ist in diese Beschaffungsstrukturen zentral eingebunden.

Ludwigsfelde steht damit exemplarisch für eine erneute Militarisierung industrieller Standorte. Bereits im Faschismus war der Betrieb als Daimler-Benz-Motorenwerk Teil der Kriegsproduktion und betrieb ein KZ-Außenlager, in dem Zwangsarbeit organisiert wurde. Nach 1945 wurde der Standort in der DDR wieder zivil genutzt. Heute deutet sich erneut eine strukturelle Umwandlung an: von ziviler Produktion hin zur militärischen Fertigung. Dieser Prozeß ist kein Einzelfall, sondern Teil einer breiteren Entwicklung, in der ehemalige Industriebetriebe systematisch in militärische Lieferketten integriert werden.

Auch in anderen Regionen zeigt sich dieser Trend. So wurde wie wir letztes Jahr berichteten bspw. etwa der Waggonbau in Görlitz nach einer Übernahme bereits teilweise auf Rüstungsproduktion umgestellt – begleitet von Stellenabbau und industriellem Umbau zugunsten militärischer Nachfrage.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen deutlich: Die Autoindustrie wird schrittweise in den militärisch-industriellen Komplex integriert. Zivile Produktionskapazitäten werden unter dem Druck sinkender Profitabilität und staatlich garantierter Rüstungsnachfrage in militärische Verwertungslogiken überführt. Der Staat fungiert dabei nicht als Gegengewicht, sondern als aktiver Motor dieser Entwicklung. Konzerninteressen, öffentliche Finanzierung und geopolitische Aufrüstung greifen ineinander und stabilisieren eine Wirtschaftsstruktur, in der Kriegsvorbereitung zu einem zentralen ökonomischen Wachstumsmotor wird. Die Trennung zwischen ziviler Produktion und militärischer Produktion löst sich damit nicht nur auf – sie wird bewußt reorganisiert.

mn

80 Jahre Volksentscheid in Sachsen

Vor 80 Jahren, am 30. Juni 1946, entschied die Bevölkerung Sachsens in einer historischen Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit, die Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes zu überführen. Dieser Volksentscheid bleibt bis heute ein beeindruckendes Zeugnis dafür, was möglich ist, wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Eigentumsfrage tatsächlich in die eigenen Hände nehmen.

Im Sinne des Potsdamer Abkommens hatte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) mit den Befehlen Nr. 124 und Nr. 126 das Vermögen des deutschen Staates, der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie der Kriegsverbrecher beschlagnahmt. Die provisorische Verwaltung ging zunächst an sowjetische Organe über, später an deutsche Landes- und Provinzialverwaltungen. Antifaschistisch-demokratische Sequestrationskommissionen, gebildet unter Beteiligung von Parteien und Gewerkschaften, bereiteten die endgültige Entscheidung vor.

Am 4. April 1946 beschloß die Landesverwaltung Sachsens eine Verordnung über Volksbegehren und Volksentscheide, die von der SMAD bestätigt wurde. Der Gesetzentwurf sah die entschädigungslose Enteignung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern vor. Artikel 1 stellte klar: Das gesamte Vermögen der Nazipartei, ihrer Gliederungen sowie die Betriebe von Kriegsverbrechern, aktiven Naziführern und jenen Unternehmen, die dem Naziregime aktiv gedient hatten, sollten in Volkseigentum überführt werden.

Am 30. Juni 1946 stimmten bei einer Beteiligung von 93,71 Prozent der 3.693.511 Abstimmungsberechtigten 77,62 Prozent für das Gesetz. Nur 16,56 Prozent votierten mit Nein, 5,82 Prozent der Stimmen waren ungültig. Ausgeschlossen von der Abstimmung waren ehemalige Angehörige von SS, SD und Gestapo sowie aktive Nazis.

Insgesamt wurden von rund 4.000 sequestrierten Betrieben 1.861 entschädigungslos enteignet. 1.002 Betriebe gingen in landeseigene Verwaltung über, 278 in das Eigentum von Städten und Landkreisen. Konsumgenossenschaften erhielten 73, andere demokratische Organisationen 28 Betriebe. 379 Betriebe wurden an Privatpersonen verkauft. Damit war juristisch Volkseigentum geschaffen – ein erster großer Schritt zur Vergesellschaftung der gesamten Schlüsselindustrien.



Die Enteignungen trafen vor allem die großen Rüstungskonzerne, die sich an der mörderischen Ausbeutung von KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen bereichert hatten. Während einige weniger belastete Betriebe später zurückgegeben wurden, kamen zentrale Rüstungsbetriebe unter sowjetische Verwaltung (SAG) und lieferten Reparationsleistungen. Viele wurden später zu volkseigenen Betrieben (VEB). Ohne der Roten Armee wäre diese Entwicklung undenkbar gewesen.

Ganz anders im Westen: In Hessen stimmte die Bevölkerung ähnlich ab. Am 1. Dezember 1946 stimmte sie mit 72 Prozent für Artikel 41 der Landesverfassung, der Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Energiewirtschaft und Verkehr sowie Großbanken und Versicherungen in Gemeineigentum überführen sollte. Dennoch wurde dies, wie in den gesamten westlichen Besatzungszonen, nicht umgesetzt. Die meisten dieser Vorhaben scheiterten an der Blockade der westlichen Besatzungsmächte und der restaurierten Monopolbourgeoisie. In Nordrhein-Westfalen wurden Enteignungsinitiativen trotz Streiks abgewehrt. Die britische Militärverwaltung verhinderte die Sozialisierung der Ruhrindustrie mit dem Vorwand, dies sei Sache eines gesamtdeutschen Parlaments.

Der sächsische Volksentscheid zeigte eindrucksvoll: Wo die Arbeiterklasse und antifaschistisch-demokratische Kräfte die Initiative ergreifen, kann die Herrschaft des Monopolkapitals gebrochen werden. Die Eigentumsfrage war und ist die Kernfrage jeder ernsthaften demokratischen und sozialistischen Politik. Das ist nicht nur ein Kapitel aus Geschichtsbüchern. 80 Jahre später steht diese Frage erneut auf der Tagesordnung. Die fortschreitende Krisensituation des Imperialismus, der Drang zum Krieg, welcher maßgeblich vom Kapital und den Rüstungskonzernen verursacht wird, macht die Vergesellschaftung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft dringender denn je. In der Theorie ist es durchaus möglich: Artikel 14 des „Grundgesetzes“, der eine Sozialisierung ermöglicht, bleibt aber bis heute ein toter Buchstabe. Das ist kein Wunder, weil dieser Staat kein Staat unserer Klasse ist. Die herrschende Klasse ist die des Kapitals und die wird alles daran setzen, die Verhältnisse beizubehalten.

Die KPD erinnert an den 30. Juni 1946 nicht nur als historisches Datum, sondern als Auftrag für die Gegenwart. Die Enteignung der Kriegs- und Konzernprofiteure, die Überführung der großen Banken, Energiekonzerne und Rüstungsbetriebe in Volkseigentum und die demokratische Kontrolle der Wirtschaft durch die Werktätigen sind notwendige Schritte, um die Krisen des Kapitalismus zu überwinden und eine echte antifaschistische, demokratische und sozialistische Alternative aufzubauen.

mn

Elbe-Tag 2026 in Torgau: Eine Rede, die beinahe gehalten worden wäre

Am 25.4.2026 fand in Torgau der Elbe-Tag bzw. „Elbe-Day“ statt. Genaugenommen ein buntes Sammelsurium von Veranstaltungen für jeden Geschmack. Allein 3 verschiedene Veranstaltungen mit Kundgebungen wurden 1. von der DKP, 2. von der Stadt Torgau und 3. vom, sagen wir mal nach allen Seiten offenen, Bündnis „Torgau für Frieden“ statt. Aufgrund von unklarer Faktenlage und Mißverständnissen bereitete ich eine Rede vor, die letztlich nicht gehalten werden konnte.

Als ich dann nach Abschluß der guten DKP-Kundgebung auf dem Marktplatz wenigstens den Teil mit dem Aufruf zu Unterstützerunterschriften für unsere Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern vortrug, wurde ich sofort angefahren, das könne ich nicht machen, weil das den Ablauf störe und die Demo jetzt weitergehen müsse. Nachstehend die Rede.

Eine absurde Beobachtung am Rande: Am Ostufer der Elbe befindet sich das Denkmal „Der Geist der Elbe“, das an die Begegnung sowjetischer und US-Soldaten erinnert. Schon in früheren Jahren wehte dort falscherweise neben der BRD- und US-Flagge die russische statt der sowjetischen. Aber dieses Jahr traute ich meinen Augen kaum: Da wehten die Flaggen der BRD, der EU und Sachsens. Offenbar hat sich mit der „Zeitenwende“ auch der Geist der Elbe gewendet.

Rede auf dem Marktplatz

Wir stehen hier 81 Jahre nahe dem Ort des Handschlags zwischen Angehörigen der 5. Gardearmee der 1. Ukrainischen Front und der 69. Infanteriedivision der 1. US-Armee. Ich versuche, mir vorzustellen, wie das ist, nach Monaten oder Jahren endlich auf Angehörige einer anderen Seite zu treffen, die nicht auf mich schießen, sondern gemeinsam mit mir gegen Jene kämpfen wollen, die mich seit Monaten oder Jahren umbringen wollen. Aber ich kann mir das nicht ansatzweise vorstellen. Ich bin nämlich wegen dieser Leute im Frieden aufgewachsen, der bis 1989 selbstverständliches Staatsziel meiner Heimat, der DDR, war. Ich war nie gezwungen, auf Menschen zu schießen und auf mich wurde bisher auch nicht geschossen.

Ich kann aber gut nachvollziehen, daß Angehörige einer sozialistischen und einer imperialistischen Armee dort beiderseits nicht heuchelten, sondern sich einfach freuten und hofften, das ganze Töten und Sterben gemeinsam lebend und mit möglichst wenig weiteren Opfern zu beenden.

Daß Fotos solcher Ereignisse nicht während oder unmittelbar nach Abgabe des letzten Schusses gemacht werden, dürfen nur beauftragte Berufsdemagogen nicht verstehen.

Wie ätzte schon 2018 das wohl reaktionärste Sprachrohr des deutschen Imperialismus, DIE WELT? Also 4 Jahre nach Beginn des Krieges der Ukraine gegen die Donbass-Republiken und 4 Jahre vor dem Eingreifen der Russischen Föderation.

"Der "Handschlag von Torgau" wurde auf der Elbbrücke nachgestellt.

Beim sächsischen Torgau an der Elbe treffen am 25. April 1945 amerikanische und sowjetische Truppen aufeinander. Damit ist das Deutsche Reich zweigeteilt.

Da die erste Begegnung zweier Vorausabteilungen auf einer Elbwiese inmitten getöteter Zivilisten stattfindet, wird das offizielle Treffen um einige Stunden verlegt. Das berühmte Foto, auf dem sich GIs und Rotarmisten auf den Trümmern der Elbbrücke die Hand geben, entsteht am Tag darauf, ein weiteres Propagandabild am 27. April.

Mit dem „Handschlag von Torgau“ soll einmal mehr der unbedingte Wille der Alliierten dokumentiert werden, den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches fortzuführen."

Ich möchte hier nicht die demagogischen Tricks in diesem scheinbar kurzen Machwerk analysieren. Das würde mindestens eine halbe Stunde füllen. Den diffamierenden Unterton haben wohl auch so Alle herausgehört.

Selbstverständlich bestanden niemals übereinstimmende geostrategische Interessen der Alliierten. Nicht zwischen den imperialistischen Alliierten England, Frankreich und USA, die selbstverständlich nach dem jeweils größtmöglichen Stück des gemeinsam angerichteten Weltkriegskuchens strebten. Und erst recht nicht mit der sozialistischen Sowjetunion.

Die gemeinsame Freude in Torgau war echt und bis auf Generalsebene war sogar mal paar Tage auf US-Zusagen Verlaß. Die faschistischen deutschen Streitkräfte waren unüberwindbar geteilt.

Aber auch danach warf das faschistische Deutsche Reich seine verfügbaren Reserven fast vollständig gegen die Sowjetarmee. Den angloamerikanischen Streitkräften wurde möglichst viel Territorium überlassen. Kapitalisten vergessen eben nie ihren Hauptfeind. Im Unterschied zu uns.

Das war schon beim D-Day am 6.6.1944 erkennbar. Seit dem Überfall auf die Sowjetunion wurde seit 1942 von der Sowjetunion immer wieder die Eröffnung der Zweiten Front gefordert, seitens der imperialistischen Alliierten zwar zugesagt, aber immer wieder verschoben. Eröffnet wurde sie erst, als die Zerschlagung der deutschfaschistischen und damit kapitalistischen Herrschaft durch die SU bis zum Atlantik drohte.

Wo stehen wir jetzt?

Das kurzzeitige gemeinsame Ziel, seitens der Sowjetunion den Klassenfeind und seitens der Westalliierten den Konkurrenten zu besiegen, endete mit diesem Sieg.

Klassenfeindschaft und innerimperialistische Konkurrenz blieben. Wir stehen jetzt vor dem 3. Weltkrieg. Was in der BRD jahrzehntelang unsagbar gewesen wäre, ist längst tagtäglicher Inhalt der Propaganda. Kriegstüchtigkeit. Hochrüstung. Ostfront - ach nein, "Ostflanke". Selbst Hitler sprach bis 1938 offiziell von Frieden.

Russophobie, Völkermordunterstützung und Kriegswirtschaft sind bereits alltägliche Inhalte der Staatsmedien der BRD. Sie sind nur in andere Begriffe verpackt.

Unsere Klasse, das Proletariat, ist immer noch die, welche für Rüstung und Krieg erst mit ihrem Lebensstandard und dann mit ihrem Leben bezahlt. Das vorgesehene Kanonenfutter wird bereits zwangsweise gemustert, strafbewehrt bis 1000€. Die Verweigerung schützt aber sowieso nicht vor der Einberufung und Verheizung an der Front, wenn das Finanzkapital seinen angekündigten Krieg lostritt. Egal, ob wir den mögen oder hassen, auf den wir schießen sollen - wir werden dazu gezwungen oder selbst eingekerkert bis erschossen.

Das ist keine nur mögliche Zukunft mehr, sondern in unmittelbarer Vorbereitung und sichtbarer Umsetzung. Das deutsche und EU-Finanzkapital kam und kommt wie das USamerikanische nicht aus der Krise, indem es die Kriege von Jugoslawien bis Iran anzettelte, führte und / oder unterstützte. Nur massive Rüstung und Zerstörung hier in den europäischen Industriezentren und möglichst bald schaffen neue Möglichkeiten der Kapitalverwertung.

Nur eine einzige Kraft kann das noch verhindern: Die Vereinigung des vorgesehenen Kanonenfutters gegen die herrschenden Kriegstreiber und -profiteure.

Das können zerstrittene Organisationen nicht, deren Vertreter oft - scheinbar im Kampf um die ersten und besten Plätze im Konzentrationslager - versuchen, die anderen zu vereinnahmen oder wegzubeißen.

Zwei Illusionen führen uns nur immer näher an und absehbar in den Abgrund:

1. Die Illusion, eine einzelne Organisation könne das ohne oder sogar gegen die anderen schaffen und
2. die Illusion, aus den vorhandenen Organisationen in absehbarer Zeit eine einheitliche revolutionäre Führung des Proletariats schaffen zu können.

Nur Zusammenarbeit, Abstimmung und gegenseitige Unterstützung können öffentlichkeitswirksam werden und die notwendige gesellschaftlich wirksame Masse auf die Beine bringen.

Der kurze hoffnungsvolle Lidschlag der Geschichte in Torgau ist lange vorbei. Auch damals waren Gegensätze Gegensätze und nur der größte Gegensatz zum deutschen Faschismus einigte kurzzeitig begrenzte Kräfte todfeindlicher Systeme. Daran irgendwie anknüpfen zu wollen, ist Unsinn.

Ich erwähnte bereits die Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung. Die KPD tritt dieses Jahr in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu den Landtagswahlen an, um den Status als Partei gemäß BRD-Gesetzgebung zu erhalten. Für die Zulassung zur Wahl benötigen wir Unterstützerunterschriften von Einwohnern dieser Bundesländer. Wer von Euch in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern als Wohnort gemeldet ist, kann uns unterstützen. Die Formulare liegen an unserem Stand vor.

Solche Formalien des bürgerlichen Staates sind notwendig, aber nicht entscheidend. Entscheidend ist unsere Vereinigung im Kampf gegen den 3. Weltkrieg und seinen Geburtshelfer Faschismus. Die Voraussetzungen sind derzeit schlecht. Aber wir haben keine Wahl, die Zeit drängt.

Ihr wißt doch: Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Oder wie Che sagte: Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche.

T.R.

Agrar- und Umweltinformation

Deutschland erreicht Erdüberlastungstag

Ab dem 10. Mai hat Deutschland in diesem Jahr seine ihm rechnerisch zustehenden natürlichen Ressourcen verbraucht. Das heißt wir leben nun den Rest des Jahres auf Pump gegenüber der Natur. Im letzten Jahr war weltweit dieser Tag am 24. Juli erreicht, auch da lag Deutschland schon davor. Aber auch weltweit lag dieser Tag noch ein paar Jahre davor beim 2. August. Auszubaden haben das künftige Generationen und Menschen in gefährdeten Lebensräumen weltweit: überfischte Meere, abgeholzte Wälder, verdorrte Weiden, durch Überdüngung und Chemikalien aus Industrien verunreinigtes Grundwasser – die Liste ließe sich natürlich problemlos verlängern. Etwa um die hohen Treibhausgasemissionen. Sogar das Bundesverfassungsgericht sah das Wohl kommender Generationen gefährdet. Ihnen würde durch die fortschreitende Erderhitzung eine enorme Last aufgebürdet. In der Debatte ging es um das Recht auf Zukunft und um Generationengerechtigkeit. Über 90 Prozent des Verlustes biologischer Vielfalt und etwa 50 Prozent der Treibhausgasemissionen sind mit der Bereitstellung und Umwandlung von Ressourcen wie Sand oder Öl zu Produkten verbunden. Wir erinnern uns noch, daß die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel oft als sogenannte Klimakanzlerin gefeiert wurde, die als eine Vorreiterin in Sachen Klima- und Umweltschutz gelte. Und jetzt das. Würden alle so viel konsumieren wie wir, bräuchten wir drei Planeten. Wir brauchen hier nicht zu erwähnen, daß die Anteile am Weltressourcenverbrauch in den anderen Industrieländern ähnlich, und natürlich in den USA besonders hoch sind. Den sogenannten Overshoot-Day ermittelt jährlich das Global Footprint Network. Bis 1970 lag der Verbrauch natürlicher Ressourcen innerhalb der planetaren Grenzen. Greenpeace hat z.B. unlängst bei einer vor Ort Recherche in Kenia, Tansania und Ghana festgestellt, welche Unmengen an Plastemüll aus Europa dort ankommen. Nike, Gucci, Superdry oder H&M – auf riesigen Mülldeponien landet dort das, was in Ländern wie Deutschland aussortiert wird, weil der Kleiderschrank zuhause oder die Lager der Modeketten zu voll sind. Das Hauptproblem der Modeindustrie ist dabei die Masse an produzierter Kleidung. Der Online-Textilhändler SHEIN etwa befeuert mit unglaublichen 6.000 manchmal sogar 9.000 neuen Artikeln pro Tag auf der Homepage und in den Social-Media-Kanälen den Durchlauf in den Kleiderschränken weltweit. Die Überproduktion von Kleidung vermüllt nicht nur die Umwelt, sie ist auch schlecht fürs Klima. Jede Tonne Kleidung verursacht in ihrem Lebenszyklus 15 bis 30 Tonnen CO2. Lediglich ein Prozent der neu hergestellten Textilien besteht aus recycelten Textilfasern. In dem sogenannten Kreislaufwirtschaftsgesetz ist z.B. gefordert, daß Unternehmen ihren Warenüberschuß nicht vernichten oder in den globalen Süden schieben können und verantwortlicher mit unser aller Ressourcen umgehen. Auch sollen Langlebigkeit und Reparaturmöglichkeiten für Laptop, Handy und Co. verbessert werden. In Verkennung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse meint Greenpeace wieder einmal, der „Verbraucher“ könne A: selbst was tun, und B: die Politik beeinflussen Abhilfe zu schaffen. In einer Gesellschaft, wo aber das Streben nach Höchstprofit und kapitalistische Ausbeutung Grundlage des Wirtschaftssystems sind, steht nicht das Wohl des Menschen im Mittelpunkt. Unsere Aufgabe ist es daher, das den Menschen klarzumachen.

(Quelle: Greenpeace)

Axel Schmidt

+++ KURZMELDUNGEN +++

Hapag-Lloyd stoppt Kuba-Transporte

Die Hamburger Reederei Hapag-Lloyd und die französische Reederei CMA CGM haben angekündigt, vorerst keine Aufträge mehr von und nach Kuba anzunehmen. Hintergrund ist die Verschärfung eines Dekrets von US-Präsident Donald Trump, das seit Anfang Mai härter gegen ausländische Unternehmen angewendet wird. Beide Reedereien begründeten den Schritt mit Risiken bei der Einhaltung der neuen US-Vorgaben. Die Maßnahmen erhöhen den Druck auf internationale Firmen, Geschäftsbeziehungen mit Kuba einzuschränken, um Sanktionen oder wirtschaftliche Nachteile in den USA zu vermeiden. Für Kuba könnte der Stopp weitere schwerwiegende Folgen haben. Nach Einschätzung von Brancheninsidern stehen bis zu 60 Prozent des ohnehin schon stark eingeschränkten bisherigen Schiffsverkehrsaufkommens auf dem Spiel. Das würde die Versorgung des Landes zusätzlich belasten – insbesondere bei Importen von Lebensmitteln, Rohstoffen und Konsumgütern.

Bereits seit Jahren erschweren die USA durch den sogenannten Helms-Burton Act den internationalen Handel mit Kuba massiv. Das Gesetz verschärfte die Wirtschaftsblockade gegen den sozialistischen Inselstaat und ermöglicht Sanktionen auch gegen ausländische Unternehmen, die mit Kuba Geschäfte machen. In den vergangenen Jahren wurden zudem internationale Banküberweisungen zunehmend behindert. Viele Banken verweigern inzwischen Transaktionen mit Kuba oder schließen kubabezogene Konten aus Angst vor Strafmaßnahmen und milliardenschweren Sanktionen durch die USA. Die Entscheidung der großen Reedereien zeigt erneut, wie stark die extraterritoriale US-Sanktionspolitik weltweit wirkt.

Die KPD verurteilt die imperialistische Blockadepolitik der USA entschieden und erklärt ihre volle Solidarität mit dem kubanischen Volk. Trotz jahrzehntelanger wirtschaftlicher Angriffe verteidigt Kuba weiterhin seine Souveränität und seinen sozialistischen Weg. Der internationale Kampf gegen Blockade, Sanktionen und imperialistische Erpressung bleibt eine gemeinsame Aufgabe der Arbeiterbewegung weltweit. Die KPD steht fest an der Seite Kubas – heute und in Zukunft.

Bundeswehr auf Großmachtkurs

Mit der im April 2026 veröffentlichten „Gesamtkonzeption militärische Verteidigung“ treibt die Bundesregierung die Militarisierung weiter massiv voran. Das Papier formuliert offen den Anspruch, die Bundeswehr zur „konventionell stärksten Armee Europas“ auszubauen und die BRD auf einen langfristigen Großmachtkurs im Rahmen der NATO auszurichten. Unter Schlagworten wie „Verantwortung für Europa“ und „Gesamtverteidigung“ sollen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft immer stärker den Anforderungen der Kriegsvorbereitung untergeordnet werden. Selbst Wirtschaftsverbände fordern bereits beschleunigte Genehmigungen und die Einbindung ihrer Branchen in die militärische Infrastrukturplanung.

Darin zeigt sich der Charakter des deutschen Imperialismus: Milliarden für Aufrüstung und NATO-Kriegsfähigkeit, während gleichzeitig Sozialabbau, Wohnungsnot und Kürzungen im Gesundheitswesen verschärft werden. Die Antwort darauf kann nur der GEMEINSAME Kampf gegen Militarisierung, NATO-Aufrüstung und imperialistische Kriegspolitik sein.

Quelle: Gesamtkonzeption militärische Verteidigung. Militärstrategie und Plan für die Streitkräfte. Verantwortung für Europa, Bundesministerium der Verteidigung, April 2026, online abrufbar.

20 Jahre WOBA-Verkauf: Wie Dresden seine Wohnungen verscherbelte

Dresden, im Juni 2026. Genau zwanzig Jahre ist es her, daß die sächsische Landeshauptstadt einen Schritt vollzog, der als „Dresdner Milliardenpoker“ in die Stadtgeschichte einging. Am 9. März 2006 beschloß der Stadtrat den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WOBA Dresden GmbH an den US-amerikanischen Finanzinvestor Fortress, der über die Gagfah agierte. 40 Stadträte stimmten dafür, 29 dagegen, einer enthielt sich. Die Linksfraktion zerbrach an dieser Frage zeitweise in zwei Lager.

Mit dem Verkauf wechselten rund 48.000 Wohnungen den Besitzer. Die Stadt erhielt dafür netto rund 981,7 Millionen Euro beziehungsweise etwa 1,7 Milliarden Euro brutto. Dresden galt danach als erste offiziell „schuldenfreie“ Großstadt der Bundesrepublik. Die damalige Stadtspitze feierte den Verkauf als historischen Erfolg. Der Oberbürgermeister stellte die Entscheidung sogar demagogisch als Alternative zu Investitionen in Schulen, Kitas und Infrastruktur dar – als gäbe es nur die Wahl zwischen sozialer Daseinsvorsorge und kommunalem Wohnungseigentum. Doch zwanzig Jahre später zeigt sich deutlicher denn je: Der Preis dieser angeblichen „Schuldenfreiheit“ war enorm. Verkauft wurden nicht bloß Häuser und Grundstücke. Verkauft wurde ein wesentliches Instrument kommunaler Sozialpolitik und Stadtentwicklung.

Die Illusion der „Schuldenfreiheit“

Schon damals gab es massiven Protest gegen den Verkauf. Kritiker warnten davor, daß die Stadt mit der WOBA ihren wichtigsten Hebel zur Regulierung des Wohnungsmarktes aus der Hand geben würde.[1] Der Verkauf war keine bloße haushaltspolitische Maßnahme, sondern Ausdruck eines grundlegenden politischen Paradigmenwechsels: Öffentliche Daseinsvorsorge sollte den Profitinteressen privater Kapitalgesellschaften untergeordnet werden.

Die sogenannte Sozialcharta, die mit dem Verkauf verbunden wurde, sollte die schlimmsten Folgen abfedern. Sie versprach unter anderem:

- lebenslanges Wohnrecht für Menschen über 60 Jahre,
- besonderen Schutz für Menschen mit schweren Behinderungen,
- Einschränkungen bei Luxussanierungen,
- begrenzte Mieterhöhungen unterhalb des Mietspiegels,
- Kündigungsschutz für Beschäftigte,
- sowie Belegungsrechte der Stadt für 8.000 Wohnungen bis 2026.

Doch diese Regelungen waren zeitlich begrenzt und konnten die grundlegende Entwicklung nicht verhindern. Denn die Logik privater Wohnungskonzerne ist nicht soziale Versorgung, sondern Rendite. Wohnungen dienen im Kapitalismus nicht in erster Linie dem Wohnen, sondern der Verwertung von Kapital.

Bereits in den Jahren nach dem Verkauf wurde prognostiziert, daß die scheinbare Entlastung des Haushalts langfristig teuer bezahlt werden würde – durch steigende Mieten, höhere Sozialausgaben und den Verlust kommunaler Steuerungsmöglichkeiten. Die damaligen Warnungen lesen sich heute wie eine Beschreibung der eingetretenen Realität.

Der Verlust kommunaler Kontrolle

Mit dem Verkauf der WOBA verlor Dresden schlagartig seinen direkten Einfluß auf große Teile des Wohnungsmarktes. Während andere Städte wenigstens teilweise über kommunale Wohnungsunternehmen regulierend eingreifen konnten, war Dresden den „Marktkräften“ weitgehend ausgeliefert. Die Folgen zeigten sich besonders in den 2010er und frühen 2020er Jahren. Die Mieten stiegen drastisch, preiswerter Wohnraum verschwand zunehmend und ganze Stadtteile wurden zum Spekulationsobjekt.

Erst 2017 reagierte die Stadt mit der Gründung der „Wohnen in Dresden“ (WiD), um wieder einen kommunalen Bestand aufzubauen. Doch dieses Unterfangen gleicht bis heute einem Sisyphus-Projekt. Während man 2006 auf einen Schlag 48.000 Wohnungen privatisierte, kämpft die Stadt heute um jede einzelne neu geschaffene Wohnung. Bis Sommer 2025 wurden lediglich rund 1.500 Wohnungen fertiggestellt oder bewilligt – zu Kosten, die weit über dem liegen, was der Bestand einst wert war.

Gerade am Rückkauf von 1.213 Wohnungen im Jahr 2024 zeigt sich die Absurdität dieser Entwicklung besonders deutlich. Für etwa 40 Millionen Euro kaufte Dresden Wohnungen zurück, die einst Teil des kommunalen Bestands gewesen waren. Politisch wurde dies als Erfolg verkauft. Tatsächlich zeigt es vor allem eines: Was einst verscherbelt wurde, muß heute mit enormem finanziellem Aufwand Stück für Stück zurückgekauft werden.

Wie weitreichend die Folgen des WOBA-Verkaufs bis heute sind, wurde erst im Frühjahr 2026 erneut deutlich: Die Stadt Dresden sah sich gezwungen, die sogenannten Belegungsrechte für 10.000 ehemalige WOBA-Wohnungen um weitere zehn Jahre bis 2036 zu verlängern. Ohne diesen Schritt wäre der belegungsgebundene Bestand der Stadt auf nur noch rund 963 Wohnungen zusammengeschrumpft.

Damit zeigt sich zwanzig Jahre nach dem Verkauf die ganze Abhängigkeit der Stadt von privaten Wohnungskonzernen wie Vonovia. Dresden besitzt diese Wohnungen nicht mehr selbst, sondern muß sich den Zugriff auf bezahlbaren Wohnraum vertraglich sichern und ständig neu verhandeln. Selbst die Sicherung elementarer sozialer Mindeststandards hängt heute davon ab, ob private Eigentümer bereit sind, entsprechende Vereinbarungen zu verlängern. Die damaligen Versprechen, der „Markt“ werde Wohnraum effizienter und besser verwalten, sind damit endgültig widerlegt.

Zugleich macht die Verlängerung der Belegungsrechte deutlich, wie dramatisch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum inzwischen geworden ist. Selbst Vertreter der Stadtpolitik räumten ein, daß diese Maßnahme lediglich „kurzzeitig Luft“ verschaffe, das strukturelle Problem der Wohnungsnot jedoch nicht löse.

Von der WOBA zu Vonovia

Die Geschichte der ehemaligen WOBA-Wohnungen ist zugleich ein Beispiel für die massive Konzentration von Eigentum im Immobiliensektor. Nach der Übernahme der Gagfah durch Vonovia im Jahr 2015 landete der Großteil der ehemaligen WOBA-Bestände in den Händen eines der größten Immobilienkonzerne Europas.

Damit unterliegen zehntausende Wohnungen in Dresden heute unmittelbar den Interessen eines börsennotierten Konzerns. Modernisierungen dienen häufig weniger der Verbesserung der Wohnqualität als der Durchsetzung höherer Mieten. Instandhaltung wird oft nur soweit betrieben, wie es der Rendite dient. Gleichzeitig steigen Dividenden und Gewinne.

Hier zeigt sich der eigentliche Kern der Wohnungsfrage: Solange Wohnraum Ware bleibt, wird nicht nach gesellschaftlichem Bedarf gebaut und verwaltet, sondern nach Profitinteressen.

Gentrifizierung als Klassenfrage

Besonders sichtbar wurden die Folgen des WOBA-Verkaufs in der Stadtentwicklung Dresdens. Bereits vor der Privatisierung warnten Stadtforscher vor zunehmender Gentrifizierung – insbesondere in Stadtteilen wie der Äußeren Neustadt. Heute sind diese Prozesse unübersehbar. Die Äußere Neustadt wandelte sich zunehmend zu einem Viertel für einkommensstarke Haushalte und touristische Verwertung. Stadtteile wie Pieschen oder die Friedrichstadt, einst klassische Arbeiterquartiere, wurden zum Ziel von Luxussanierungen und spekulativen Aufwertungsprojekten. Für viele Menschen bedeutet das Verdrängung aus ihrem angestammten Wohnumfeld. Familien, Rentner oder Geringverdiener können sich die steigenden Mieten immer weniger leisten. Neubauwohnungen mit Angebotsmieten zwischen 10 und 15 Euro kalt pro Quadratmeter sind längst keine Ausnahme mehr. Diese Entwicklung ist kein Dresdner Sonderfall. Sie ist Ausdruck einer bundesweiten Politik der Privatisierung und Deregulierung. Nach der Zerschlagung des volkseigenen Wohnungsbestandes der DDR und dem massiven Verkauf öffentlicher Wohnungen im Zuge neoliberaler Politik wurden Wohnungen zunehmend zum Spekulationsobjekt internationaler Finanzinvestoren.

Die Wohnungsfrage im Kapitalismus

Die Wohnungsfrage ist keine technische Frage falscher Verwaltung, sondern eine Klassenfrage. In der Bundesrepublik stehen hunderttausende Wohnungen leer, während gleichzeitig hunderttausende Menschen wohnungslos sind oder Angst vor Verdrängung haben. Der „Markt“ produziert nicht Wohnraum nach Bedarf, sondern nach Zahlungsfähigkeit.

Gleichzeitig subventioniert der Staat über Wohngeld und Kosten der Unterkunft die Gewinne privater Immobilienkonzerne mit Milliardenbeträgen. Statt selbst ausreichend sozialen Wohnraum zu schaffen, werden öffentliche Gelder in steigende Mieten umgeleitet.

Die Privatisierung der WOBA war deshalb nicht einfach ein kommunalpolitischer Fehler. Sie war Ausdruck einer Politik, die öffentliche Infrastruktur systematisch dem Kapital überantwortet. Dieselbe Logik zeigt sich bei Krankenhäusern, Energieversorgung, Verkehr oder Pflegeeinrichtungen. Was einmal privatisiert wurde, läßt sich nur mit enormem Aufwand zurückholen – wenn überhaupt.

Wohnen ist keine Ware

Daß Dresden im Jahr 2026 gezwungen ist, Belegungsrechte für 10.000 Wohnungen zu verlängern, die einst der Stadt selbst gehörten, ist vielleicht das deutlichste Symbol für das Scheitern der Privatisierungspolitik. Was früher kommunales Eigentum war, muß heute teuer und befristet zurückgesichert werden. Die Stadt ist vom Eigentümer zum Bittsteller privater Immobilienkonzerne geworden.

Der WOBA-Verkauf zeigt exemplarisch, wohin die Unterordnung elementarer Lebensbereiche unter Profitinteressen führt. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht – keine Ware für Hedgefonds und Immobilienkonzerne.

Die Erfahrungen der vergangenen zwanzig Jahre machen deutlich:

- Öffentlicher Wohnungsbestand muß erhalten und massiv ausgebaut werden.
- Spekulation mit Wohnraum gehört verboten.
- Mieterhöhungen müssen wirksam begrenzt werden.
- Leerstand darf nicht profitabel bleiben.
- Grund und Boden dürfen nicht länger Objekt privater Bereicherung sein.

Eine wirkliche Lösung der Wohnungsfrage ist jedoch innerhalb eines Systems, in dem Wohnraum vor allem der Kapitalverwertung dient, nur begrenzt möglich. Solange Wohnungen vor allem Renditeobjekte sind, werden steigende Mieten, Verdrängung und Wohnungsnot immer wiederkehren.

Die Geschichte der WOBA Dresden ist deshalb mehr als ein lokales Kapitel Dresdner Stadtpolitik. Sie ist ein Lehrstück über die Folgen neoliberaler Privatisierungspolitik und darüber, wie teuer es für die arbeitende Bevölkerung wird, wenn gesellschaftliches Eigentum an private Kapitalinteressen ausgeliefert wird.

Zwanzig Jahre nach dem Verkauf bleibt vor allem eine Erkenntnis: Die angebliche „Schuldenfreiheit“ von 2006 war nichts anderes als eine Verschuldung gegenüber der Zukunft.

Ein Blick in die Geschichte zeigt zudem, daß Wohnen auch anders organisiert werden kann. In der DDR war Wohnraum keine Ware für Spekulanten und Finanzkonzerne, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Trotz realer Probleme wie Materialmangel, Sanierungsstau oder Wartezeiten auf Wohnungen galt das Prinzip: Jeder Mensch hat ein Recht auf Wohnraum. Es gab keine Immobilienhaie, keine explodierenden Mieten und keine Obdachlosigkeit wie heute. Die Mieten blieben bewußt niedrig. Der sozialistische Ansatz, Grund und Boden sowie Wohnungsbestände dem privaten Profitinteresse zu entziehen und gesellschaftlich zu planen, bleibt damit bis heute ein grundlegender Gegenentwurf zur Wohnungsnot im Kapitalismus.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen: Die Wohnungsfrage läßt sich nicht durch den „Markt“ lösen. Notwendig ist eine Politik, die Wohnraum dem Profitinteresse entzieht und wieder als gesellschaftliche Aufgabe begreift. Der Kampf gegen Privatisierung und Verdrängung ist deshalb zugleich Teil des Kampfes um eine sozialistische Gesellschaft, in der Wohnen keine Ware mehr ist.

1) *Ursachen und Auswirkungen von Entstaatlichung öffentlicher Einrichtungen auf die Stadtentwicklung im Kontext einer gesamtgesellschaftspolitischen Entwicklung (am Beispiel der Privatisierung der WOBA Dresden), Nagler, 2007.*

mn

Wahlzulassung sichern – Jetzt Unterstützungsunterschriften sammeln!

Das Zentralkomitee der KPD hat im Mai die Landeswahlprogramme für die Landtagswahlen 2026 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern beschlossen. Beide Programme mit jeweils zehn thematischen Kapiteln sind ab sofort auf der Webseite der Partei einsehbar.

Im Mittelpunkt stehen die drängenden Fragen unserer Zeit: Frieden statt Aufrüstung, soziale Sicherheit statt Sozialabbau, öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung.

Doch bevor die Menschen uns wählen können, müssen wir überhaupt erst auf den Wahlzettel kommen. Dafür benötigen wir weiterhin Unterstützungsunterschriften.

In Mecklenburg-Vorpommern sieht es bereits sehr gut aus. In Sachsen-Anhalt fehlen jedoch noch immer mehr als die Hälfte der rund 1000 erforderlichen Unterschriften.

Darum rufen wir alle Genossinnen und Genossen, Freunde und Unterstützer auf:

Helft mit! Sprecht Bekannte, Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Familienmitglieder in Sachsen-Anhalt an. Jede Unterschrift zählt.

Die Frist läuft: Bis spätestens Ende Juni müssen die erforderlichen Unterschriften bestätigt und eingereicht werden.

Die Formulare stehen auf unserer Webseite www.k-p-d.org als PDF zum Ausdrucken bereit. Auf Wunsch senden wir sie euch auch zu. Außerdem kommen wir gern zu Veranstaltungen und Versammlungen vorbei, wenn ihr uns Bescheid gebt.

Ausgefüllte und unterschriebene Formulare bitte an folgende Adresse unseres Vertrauensmanns für die Wahl in Sachsen-Anhalt senden:

Karsten Günther

Gustav-Mahler-Straße 26

06712 Zeitz

Die Adresse befindet sich auch mittig auf der Rückseite des Formblatts.

Sorgen wir gemeinsam dafür, daß eine konsequente Stimme gegen Kriegspolitik, Sozialabbau und Konzernherrschaft auf dem Wahlzettel steht!



Experten

Atze: Für eine solche Bedrohung bin ich nach wie vor nicht sensibilisiert.

Icke: Das war aber gefährlich.

Atze: Keine Ahnung. Ich bin kein Arzt.

Icke: Daran waren Leute schwer erkrankt.

Atze: Solche Leute kenne ich nicht.

Icke: In den Medien wurde doch darüber berichtet.

Atze: Medien ist ein Anagramm von meiden.

Icke: Lebst du unter einem Stein?

Atze: Junge, dieselben Medien haben uns in den neunziger Jahren in den Krieg gegen Jugoslawien geführt.

Icke: Das ist doch schon ewig her.

Atze: Später haben dieselben Medien den endlosen Krieg gegen den sogenannten Terror journalistisch vorbereitet und begleitet.

Icke: An die Terrorismus-Experten kann ich mich noch erinnern.

Atze: Und 2003 haben ebenjene Medien gegen die Menschen im Land mobil gemacht.

Icke:
Bürgerkrieg?

Atze: Wenn man so will. Florida-Rolf[1] war das Vehikel für die Einführung der rot-grünen Agenda 2010… also von Hartz4 mit allen Verwerfungen und Verelendungen.

Icke:
Boah. Ja… stimmt.

Atze: Und was wurde bei Corona in den Medien verwendet?

Icke:
Corona-Experten.

Atze:
Und was noch?

Icke:
Keine Ahnung.

Atze: Terrorismus-Experten.

Icke: Quatsch.

Atze: Wenn Medien eine Kampagne fahren, haben sie auch Experten. Balkan-Experten, Terrorismus-Experten, Corona-Experten, Sicherheitsexperten, Rußlandexperten und so weiter.

Icke: Aber bei Corona gabs ausschließlich Corona-Experten.

Atze: Läßt du dich nur berieseln?! Sicherheits- und Terrorexperten kamen auch zum Einsatz.

Icke: …

Atze: Terrorismus-Experten expertisierten während Corona über eine Radikalisierung und Gewaltbereitschaft sogenannter Querdenker und sogenannter Impfgegner.

Icke: Hmm. Ja. Da wurde tüchtig Stimmung gemacht.

Atze: Und genau dafür leistet sich das System seine Medien und Experten.

1) *https://de.wikipedia.org/wiki/Florida-Rolf*

Drei Tage Gemeinschaft, Diskussion und Sommer am See
Rotes Jugendcamp 2026

Drei Tage raus aus dem Alltag, rein in spannende Diskussionen, neue Freundschaften und gemeinsame Aktionen: Vom 28. bis 30. August 2026 findet im Umland von Berlin das Rote Jugendcamp 2026 statt. Organisiert von der KPD Jugend richtet sich das Camp an alle jungen Menschen, die Lust haben, sich auszutauschen, kritisch zu diskutieren und gemeinsam aktiv zu werden. Egal ob politisch organisiert oder einfach neugierig: Willkommen ist jede und jeder, der Fragen stellt, mitdenken und andere junge Menschen kennenlernen möchte.

Diskussionen, Workshops — und Sommer am See:

Inhaltlich steht das Camp ganz im Zeichen der aktuellen gesellschaftlichen Debatten um Militarisierung, Wehrdienst und die zunehmende Propaganda der sogenannten „Kriegstüchtigkeit“. In Workshops, Vorträgen und offenen Gesprächsrunden soll gemeinsam darüber diskutiert werden, wie Widerstand gegen Kriegspolitik aussehen kann — und welche Perspektiven es für Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Zukunft gibt.

Dabei geht es nicht um trockene Theorie oder Vorträge von oben herab. Das Camp lebt vom Austausch auf Augenhöhe: Niemand muß bereits alles wissen, um mitreden zu können. Fragen stellen, diskutieren und gemeinsam lernen stehen im



Mittelpunkt. Und natürlich gehört zu einem Sommerwochenende auch Freizeit dazu: Das Gelände liegt direkt an einem See — wer möchte, kann also zwischendurch baden gehen, entspannen oder einfach gemeinsam den Sommer genießen.

Ein Ort mit Geschichte:

Besonders ist auch der Ort selbst: Das Gelände, auf dem das Jugendcamp stattfindet, wurde bereits vor knapp 100 Jahren von der Kommunistischen Partei Deutschlands genutzt und spielte auch nach dem Krieg weiterhin eine Rolle für die kommunistische Bewegung. Damit verbindet das Camp aktuelle Diskussionen mit einem historischen Ort der Arbeiterbewegung.

Mehr als nur Politik:

Zum Camp gehören ebenso gemeinsames Kochen, Grillabende, Spiele, Musik und lange Gespräche bis in die Nacht. Gerade das gemeinsame Leben und der Austausch machen für viele den besonderen Charakter solcher Wochenenden aus.

Geschlafen wird in einer Gemeinschaftsunterkunft. Mitgebracht werden sollten Schlafsack, Isomatte und alles, was man für ein entspanntes Wochenende braucht. Wer zelten möchte, kann dies ebenfalls tun: Auf dem Gelände ist dafür genug Platz. Auch für Verpflegung ist gesorgt: Frühstück gibt es am Samstag und Sonntag, dazu gemeinsames Grillen am Abend — vegetarische Optionen inklusive — sowie ein warmes Mittagessen am Samstag.

Noch freie Plätze:

Der Unkostenbeitrag für Unterkunft und Verpflegung liegt bei etwa 30 Euro pro Person für das gesamte Wochenende. Wer also Lust auf ein Wochenende voller Diskussionen, Gemeinschaft, politischem Austausch und Sommer am See hat, sollte sich jetzt anmelden.

Anmeldung per Mail an:

jugendcamp@k-p-d.org

Weitere Infos folgen dann.

„Weil Veränderung nicht allein entsteht — sondern dort, wo Menschen zusammenkommen, diskutieren und gemeinsam handeln.“

Redaktion

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate:
Die bezirksgeleiteten VEB Kombinate (für) Getreidewirtschaft

Die sowjetische Wirtschaftswissenschaft aus der Zeit des ersten Fünfjahrplans (1929-1932), der in nur vier Jahren durchgeführt wurde, unterschied die Investitionen in vier Typen: 1.Neubauten, 2.Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen, 3.Reparaturen, 4.Wohnungsbau. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Amortisierung, also des Zeitraums, nachdem sich die Investition gelohnt hat: Neubauten brauchen am längsten; Modernisierungen gehen schneller, weil die Produktion weiterläuft; bei Reparaturen sind oft nur geringe Investmittel notwendig, danach ist die Anlage sofort wieder betriebsbereit; Wohnungsbau amortisiert sich gar nicht. Letzteres ist insofern umstritten, als man solche Aufwendungen auch als Investition in die Hauptproduktivkraft Mensch bezeichnen kann. Ordentliche hygienische Verhältnisse, genügender Schlaf, Ruhe und Platz zum Lesen wirken sich förderlich auf Gesundheit, Bildung und damit die Reproduktion der Arbeitskraft aus. Zudem wächst im Sozialismus die Freizeit auf Kosten der Arbeitszeit an. Man verbringt mehr Zeit zuhause. Aber: Das ist eine sehr langfristige Sache, denn von der Geburt an dauert es, in der späten DDR wie in der BRD heute, mehr als achtzehn Jahre bis zum ersten Berufsabschluß.

Innerhalb der sieben Zweige der Nahrungsgüterwirtschaft war in der DDR die Getreidewirtschaft derjenige mit den höchsten Grundfonds pro Arbeitskraft (AK), also mit den relativ größten Maschinen- und Anlagenbeständen und den relativ höchsten Investitionen. 1983 arbeiteten in den fünfzehn Kombinaten der Getreidewirtschaft 26265 Menschen mit Brutto-Grundfonds von 6,8 Milliarden Mark, was 260000 Mark pro Werktätigem entspricht. Alle 15 Getreidekombinate hießen „VEB Kombinat (für) Getreidewirtschaft“ mit dem Namen der Bezirksstadt, also z.B. VEB Kombinat Getreidewirtschaft Cottbus. Auch bei den 15 Energiekombinaten hatten wir ein Kombinat pro Bezirk, doch waren diese alle zentral vom Ministerium für Kohle und Energie geleitet, während die 15 Getreidekombinate bezirksgeleitet waren, d.h., dem jeweiligen Rat des Bezirkes unterstanden. In Berlin war dafür das Minsterium für bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie zuständig. Ob bezirkliche oder zentrale Führung: Weil es sowieso um Lebensmittelindustrie ging, blieb das gleiche Minsterium verantwortlich, was sicherlich diese Struktur begünstigte. Einen Sonderfall stellt es nur in unserer Behandlung des Themas dar: Während wir normalerweise die zentralen Kombinate in eigenen Artikeln würdigen und die bezirksgeleiteten in Sammelartikeln unter dem jeweiligen Bezirk zusammenfassen, gibt es hier eine Mischform – 15 bezirksgeleitete Kombinate der gleichen Branche aus 15 verschiedenen Bezirken in einem Aufsatz.



Nach Grundfonds (1983) in absteigender Reihenfolge geordnet ergibt sich diese Folge: Neubrandenburg, Halle, Erfurt, Magdeburg, Potsdam, Rostock, Schwerin, Frankfurt, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Gera, Cottbus, Suhl, Berlin, von 840,9 Millionen Mark bis 71,3 Mio M Grundfonds. Der Wert der Bauwerke betrug insgesamt 4,1 Milliarden M, pro AK also 156000 M, was Bauwerksanteilen an den gesamten Grundfonds von 65,4% (Halle) bis 49,1% (Frankfurt/Oder) entspricht (DDR-Schnitt 59,3%). Der Verschleißgrad, der dabei DDR-weit bei 30,2% lag, variierte von 52,4% (Berlin) bis 18,6% (Frankfurt).

Die Aufgaben der Kombinate für Getreidewirtschaft waren die Übernahme des staatlichen Getreide- und Ölsaatenaufkommens aus der Ernte, der Kauf von Getreide, die Anreicherung bzw. Herstellung sowie der Verkauf von Mischfuttermitteln an die Tierproduktionsbetriebe, die Übernahme der Futtermittelimporte von den staatlichen Außenhandelsbetrieben, der Aufkauf von Sonderkulturen, die Gesunderhaltung der Körner, also die verlustarme Lagerung, der überbezirkliche Sortimentsausgleich und der im Außenhandel, die Müllerei sowie auch die intensiv-erweiterte Reproduktion, also die Gewinnerzielung.

In der Müllerei gab es 1983 in der DDR insgesamt 417 Mühlen. Davon waren 278 privat. Ihr Anteil an der gesamten DDR-Getreideverarbeitung, die 1983 bei 2,1 Millionen Tonnen lag, davon 1,3 Mill.t Weizen und 0,7 Mill.t Roggen, betrug aber nur knapp 10%. Nur wenig mehr mahlten die 15 genossenschaftlichen und solche volkseigenen Mühlen, die nicht den 15 Getreidekombinaten angeschlossen waren. Die restlichen 124 Mühlen bildeten die VEB Mühlenwerke. Sie wurden bei der Bildung der Kombinate für Getreidewirtschaft, die 1968 in Umsetzung der Beschlüsse des VI.SED-Parteitages vollzogen wurde, jenen angegliedert. Sie verarbeiteten 1983 1,7 Mio t Getreide, davon 1,1 Mio t Weizen zu 0,8 Mio t Weizenmehl (Ausmahlungsgrad 75,8%) und 510 kt Roggen zu 420 kt Roggenmehl (Ausmahlungsgrad 81,9%). An der Erfassung und Verbesserung dieser Daten arbeitete der VEB Wissenschaftlich-technisch-ökonomisches Zentrum der Getreideverarbeitungsindustrie.

Desweiteren kennzeichnen folgende Daten die DDR-Getreidewirtschaft (alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 1983): vorhandene Freiflächen 2757000 Quadratmeter, Belüftungsflächen 2684000 Quadratmeter, Reinigungskapazität 56064 Tonnen pro Stunde, Trocknungskapazität bei 4% 15877 Tonnen pro Stunde, Mischfuttermittelproduktion 6488 Kilotonnen. Die Bruttoproduktion belief sich auf 5,27 Milliarden Mark, was 15% der Bruttoproduktion der gesamten DDR-Nahrungsgüterindustrie war. Bei einem Produktionsverbrauch von 4,655 Milliarden Mark verblieb eine Nettoproduktion von 616 Millionen Mark, entsprechend 16,6% der DDR-Nahrungsgüterindustrie-Nettoproduktion.

Nachdem die Investitionen in die Getreidewirtschaft von 405 Mio M 1976 auf etwa die Hälfte 1980 gefallen waren, hob Erich Honecker auf der 3.Tagung des ZK der SED 1981 hervor, daß „das Getreideproblem in seiner Rangordnung durchaus mit dem Erdölproblem“ vergleichbar ist, Getreide mithin ein strategischer Rohstoff ist, um den die internationale Klassenauseinandersetzung tobt. Bis 1983 stiegen die Investitionen dann wieder leicht auf 252 Mio M an. Typisch war eine wertmäßige Bauaufwandsverteilung von 50% für Getreidesilos, 11% für Mischfuttermittelwerke, 20% für Nebengebäude wie Sozialtrakte, Labore, Garagen etc. und 19% für sonstige bauliche Anlagen, etwa Tankstellen, Heizleitungen, Wasser und Abwasser usw. betreffend. Alle Kombinate für Getreidewirtschaft zusammen hatten 1983 131 Getreidesiloanlagen, vorwiegend Stahlbetonsilos, 150 Bodenspeicher von vor 1939, etwa 3000 Aluminium-Silo-Behälter, 900 Lagerhallen unterschiedlicher Bauweise und 99 Mischfuttermittelwerke (MFW). Der Grundfondsbestand hatte sich in den vorangegangenen 20 Jahren vervierfacht, mit Schwerpunkt Silo- und MFW-Bau zuungunsten der Mühlen. Wegen der Intensivierung wäre ein weiter ansteigender Grundmittelbestand erforderlich gewesen. Nach dem zeitweiligen Sieg der Konterrevolution in der DDR muß heute andernorts an dieser Aufgabe gearbeitet werden.

VKWF

+++ KURZMELDUNGEN +++

Kinderwohl im Kapitalismus: Zwischen Armutsquote und Klassengesellschaft

Die aktuelle UNICEF-Vergleichsstudie zeigt erneut, was hinter den offiziellen Erfolgszahlen der Bundesrepublik verborgen bleibt: Die BRD landet beim Wohlbefinden von Kindern nur auf Platz 25 von 37 untersuchten wohlhabenden Ländern. Damit liegt eines der reichsten Länder der Welt im unteren Mittelfeld – und das seit Jahren stabil. Die Botschaft ist eindeutig: Nicht der Reichtum einer Gesellschaft entscheidet über das Leben der Kinder, sondern die Eigentums- und Klassenverhältnisse, unter denen dieser Reichtum verteilt wird.

Während Länder mit deutlich geringerer Wirtschaftskraft wie Rumänien, Ungarn oder die Slowakei teils bessere Ergebnisse erzielen, bleibt in der BRD jedes fünfte Kind von Armut betroffen oder bedroht. Rund 15 Prozent Kinderarmut sind keine statistische Randnotiz, sondern Ausdruck einer strukturell verfestigten sozialen Spaltung. In der Bildung zeigt sich diese Klassenstruktur besonders deutlich: Nur 60 Prozent der Jugendlichen erreichen grundlegende Kompetenzen in Lesen und Mathematik, während der Unterschied zwischen Kindern aus armen und reichen Familien massiv auseinanderklafft.

Diese Realität widerspricht allen Erzählungen von „Chancengleichheit“. Tatsächlich reproduziert das kapitalistische Bildungssystem die soziale Herkunft. Wer reich geboren wird, lernt besser – wer arm geboren wird, bleibt zurück. Die Schule wird so nicht zum Ort der Befreiung, sondern zum Filter der Klassengesellschaft.

Zum Internationalen Kindertag am 1. Juni wird regelmäßig von „Kinderrechten“ und „Investitionen in die Zukunft“ gesprochen. Doch solange Bildung, Gesundheit und soziale Teilhabe vom Einkommen der Eltern abhängen, bleiben diese Rechte formell. Auch Forderungen nach mehr Nachhilfe oder digitaler Ausstattung greifen zu kurz, wenn die Ursache unangetastet bleibt: eine Gesellschaft, in der soziale Ungleichheit nicht Ausnahme, sondern Prinzip ist. Die UNICEF-Studie selbst macht deutlich, daß selbst die vorhandenen öffentlichen Mittel nicht konsequent dort ankommen, wo sie gebraucht würden. Wen wundert’s? Im Kapitalismus stehen sie stets im Konkurrenzkampf mit Militärhaushalten, Konzernsubventionen und Steuererleichterungen für Vermögende. Und überhaupt: Wer von den heute Mächtigen will schon eine kritische, denkende Jugend?

Gerade am Internationalen Kindertag sollte daher die Frage im Mittelpunkt stehen, warum Kinderarmut in einem reichen Land überhaupt existiert. Die Antwort führt nicht zu einzelnen Reformen, sondern zur Eigentumsfrage selbst. Ein Blick zurück zeigt daß eine andere Ordnung möglich ist: In der DDR war Kinderarmut kein strukturelles Massenphänomen. Bildung, Betreuung, Gesundheitsversorgung und Freizeitangebote waren nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig, sondern gesellschaftlich garantiert. Kinder galten nicht als Kostenfaktor oder individuelles Risiko, sondern als zentrale gesellschaftliche Verantwortung.

Die Lehre daraus ist klar: Eine sozial gerechte Kindheit ist keine Frage des Wohlstands, sondern der gesellschaftlichen Verhältnisse. Erst im Sozialismus wird das Recht der Kinder auf Entwicklung nicht durch Klasseninteressen begrenzt, sondern materiell abgesichert.

Studie: UNICEF Report Card 20: Unequal Chances – Children and economic inequality,

https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/unicef-studie-kindeswohl-2026/397376

Fidel Castro: Ein Jahrhundert revolutionäres Erbe



Am 13. August dieses Jahres würde Fidel Castro, historischer Führer der kubanischen Revolution, 100 Jahre alt werden. In Havanna und vielen anderen Orten Kubas werden aus diesem Anlaß im August internationale Veranstaltungen, Konferenzen und Gedenkfeiern stattfinden. Doch schon jetzt erinnern weltweit Menschen an das politische Vermächtnis Fidels und an die Bedeutung der kubanischen Revolution für den antiimperialistischen Kampf.

Bereits am 15. Mai fand in Leipzig unter dem Titel „Fidel Castros Denken – Inspiration zum Handeln“ eine Veranstaltung statt, die einen Beitrag zu diesem internationalen Gedenken leistete. Eingeladen hatten die Regionalgruppe Leipzig der AG Cuba Sí und die Kommunistische Plattform in der Partei Die Linke. Weiterhin waren KPD, DKP und weitere Organisationen mit inhaltlichen Beiträgen beteiligt. Schnell wurde deutlich: Diese Zusammenkunft war weit mehr als eine bloße Gedenkfeier. Sie war Ausdruck lebendiger internationaler Solidarität und eines antiimperialistischen Kampfes, der bis heute andauert.

Der Saal war gut gefüllt. Viele Teilnehmer verband nicht nur die Erinnerung an Fidel Castro, sondern auch die Überzeugung, daß Kuba bis heute für Würde, Widerstand und gesellschaftlichen Fortschritt steht.

Der Veranstaltung verlieh insbesondere die Teilnahme hochrangiger Vertreter der Botschaft der Republik Kuba großes Gewicht. Unter den Gästen befanden sich die Botschafterin Juana Martínez González, der Zweite Missionschef Prof. Miguel E. Torres Tesoro sowie die Botschaftsrätin für Presse, Kultur und Sport, Dayana Rodríguez Gutiérrez. Prof. Torres Tesoro berichtete eindrucksvoll von seiner langjährigen Tätigkeit als persönlicher Übersetzer Fidel Castros und vermittelte den Zuhörern lebendige Einblicke in dessen politisches Wirken und Persönlichkeit.

In den Beiträgen wurde immer wieder deutlich, warum Fidel Castro bis heute weltweit geachtet und zugleich von den Herrschenden gehaßt wird. Denn die kubanische Revolution bedeutete nicht einfach einen Regierungswechsel. Sie beendete die Herrschaft von Großgrundbesitzern, Mafia, Korruption und US-Konzernen über Kuba. Mit dem Sieg der Revolution begann erstmals der Versuch, die Gesellschaft nach den Interessen der arbeitenden Menschen aufzubauen — gegen den erbitterten Widerstand des US-Imperialismus.

Seit mehr als sechs Jahrzehnten versuchen die Vereinigten Staaten, Kuba wirtschaftlich zu ersticken und politisch zu isolieren. Die Blockade gegen Kuba ist die längste Wirtschaftsblockade der modernen Geschichte. Sie trifft die Bevölkerung tagtäglich: Medikamente fehlen, Ersatzteile können nicht beschafft werden, Energieversorgung und Lebensmittelimporte werden massiv erschwert.

Besonders eindringlich schilderte die kubanische Botschafterin die aktuellen Folgen der verschärften Sanktionen und der zunehmenden Stromausfälle. Kuba verfügte über viele Jahre über eine der niedrigsten Kindersterblichkeitsraten weltweit. Doch die verschärfte Blockadepolitik der USA wirkt sich auch auf diesen Bereich aus und trifft die medizinische Versorgung schwer. Stromausfälle in Krankenhäusern, fehlende Technik und massive Schwierigkeiten bei der Beschaffung medizinischer Ausrüstung verschlechtern die Versorgungslage zunehmend. Gerade daran zeigt sich die ganze Menschenverachtung imperialistischer Politik: Die Blockade richtet sich bewußt gegen das tägliche Leben der Bevölkerung und trifft die Schwächsten am härtesten. Und dennoch hält Kuba stand.

Gerade darin liegt die historische Größe der kubanischen Revolution. Während imperialistische Staaten Kriege, Ausbeutung und Hunger exportieren, entsandte Kuba Ärzte, Lehrer und Helfer in die ganze Welt. Kubanische Internationalisten kämpften in Afrika gegen Kolonialismus und Apartheid. Kubanische Ärzte halfen während der Ebola-Epidemie in Afrika und unterstützten zahlreiche Länder während der Corona-Pandemie — trotz der eigenen schwierigen Lage. Auch in meinem Beitrag für die KPD wurde hervorgehoben, daß Kuba niemals aufgehört hat, internationalistisch zu handeln. Solidarität ist dort keine leere Phrase, sondern gelebte gesellschaftliche Praxis. Besonders in Ostdeutschland ist die Verbundenheit mit Kuba bis heute spürbar. Kuba war 1960 das erste Land Lateinamerikas, das die DDR diplomatisch anerkannte. Zwischen beiden Staaten entstanden enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen. Mit Unterstützung der DDR wurden auf Kuba über 2.000 Betriebe aufgebaut. Viele davon arbeiten bis heute. Noch immer sind auf der Insel Maschinen und Technik aus DDR-Produktion im Einsatz.

Viele ältere Genossen erinnern sich noch an kubanische Delegationen, Brigaden der Freundschaft und den engen Austausch zwischen beiden Ländern. Auch die DDR wurde massiv vom „Westen“ sanktioniert um ihre Entwicklung zu behindern. Die Solidarität zwischen Kuba und der DDR beruhte nicht auf Profitinteressen, sondern auf gemeinsamen politischen Zielen: dem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Krieg.

Nach der Annexion der DDR wurden zahlreiche Abkommen mit Kuba durch die Bundesregierung einseitig aufgehoben. Die Folgen dieser Politik trafen vor allem die kubanische Bevölkerung. Doch trotz aller Rückschläge blieb die Solidarität vieler Menschen mit Kuba bestehen.

Die Leipziger Veranstaltung machte deutlich, daß diese Solidarität bis heute lebendig ist. Vertreter verschiedener Organisationen — darunter KPD, DKP, ISOR und weitere Kräfte der Friedens- und Solidaritätsbewegung — beteiligten sich an der Diskussion. Den kulturellen Abschluß bildete ein Konzert der kubanischen Sängerin Mariela Santana.

Die Solidarität blieb dabei nicht symbolisch. Die Spendeneinnahmen der Veranstaltung sowie die Erlöse des Solidaritätsstandes fließen in ein Solarenergieprojekt für Kuba. Damit wird konkret geholfen, die Folgen der Blockade und der Energieprobleme zu mildern.

Hundert Jahre nach der Geburt Fidel Castros bleibt Kuba ein Hoffnungssymbol für Millionen Menschen. Gerade in einer Zeit wachsender Kriegsgefahr, sozialer Unsicherheit und imperialistischer Aggression zeigt Kuba, daß Widerstand möglich ist. daß ein kleines Land dem mächtigsten Imperialismus der Welt widerstehen kann. Und daß eine Gesellschaft jenseits von Profitstreben und Konkurrenz keine Utopie bleiben muß. Die Leipziger Veranstaltung war deshalb nicht nur eine Erinnerung an Fidel Castro. Sie war ein Bekenntnis zur internationalen Solidarität — und zur Überzeugung, daß die Kämpfe gegen Krieg, Ausbeutung und Imperialismus weitergeführt werden müssen.

Hände weg von Kuba!

Solidarität mit dem sozialistischen Kuba!

Der Redebeitrag den ich für die KPD hielt, ist auch auf der Unterseite der Leipziger Regionalorganisation zu finden: www.kpd-leipzig.de.

mn

Filme - Biografien - Zeitdokumente





Belarus Kriegsjahr 1943

Florja, noch eher Kind als Jugendlicher, will gegen die deutschen Besatzer kämpfen, schließt sich den Partisanen an und erlebt die ganze Brutalität des Krieges, als die Deutschen eine Strafaktion durchführen und die Einwohner eines Dorfes, Männer, Frauen und Kinder, bei lebendigem Leib in einer Scheune verbrennen…

Inspiriert wurde Elem Klimows Film von dem Massaker am 22. März 1943 im Dorf Chatyn, durch die SS-Sturmbrigade Dirlewanger, bei dem 146 Menschen, darunter 75 Kinder unter 16 Jahre, verbrannten.

Ein Antikriegsfilm, der die volle Wahrheit bestialischer Grausamkeit darstellt – ein hochaktuelles Mahnmal gegen den Krieg überhaupt, gilt als bester Kriegsfilm der Kinogeschichte

„DIE BILDER DES FILMS; IHRE WUCHT; MIT DER SIE DEN BETRACHTER ÜBERWÄLTIGEN; WIRKEN WIE GRELLE BLITZE UND BRENNEN SICH INS GEDÄCHTNIS EIN“

Umfassendes Bonusmaterial mit Augenzeugenberichten belegt die Authentizität dieses Films.

Der Film ist, ohne Bonusmaterial auch auf You Tube zu sehen, empfehlen möchte ich die DVD der DEFA Stiftung.

GEH und SIEH richtig hin, fragt, was sich bis heute an den Völkermorden geändert hat und wer sie verübt!

C. Noack

Wer mit dem Feuer spielt…

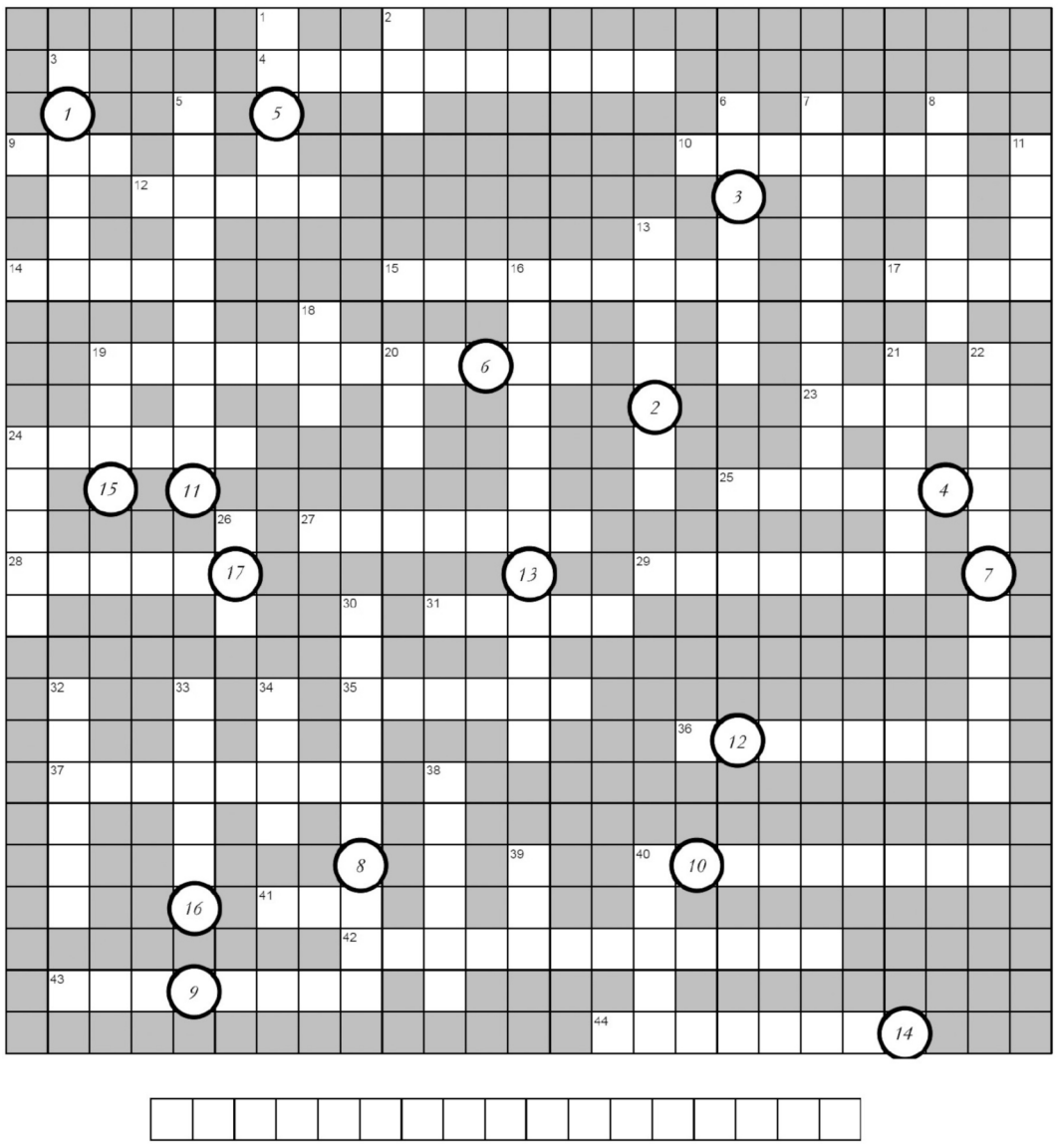
An diese Worte aus meiner Kindheit muß ich jetzt oft denken, wenn ich unsere Regierenden, Abgeordneten, Vertreter von Organisationen höre oder lese, wie sie sich stark gegen Rußland machen. Rußland bringt seit über 20 Jahren ständig sein Interesse an einer vernünftigen Zusammenarbeit mit der BRD und mit dem EU-Europa zum Ausdruck. (EU - Europa, weil ja der größere Teil Europas Rußland ist.) Rußland hat nie provoziert. Schon unser erster deutscher Reichskanzler Bismarck hat sich für Frieden und Zusammenarbeit mit Rußland ausgesprochen, dann gehe es Deutschland und Europa gut, sonst nicht. Die Geschichte ist der Beweis der Richtigkeit seiner Worte.

Wenn wir uns heute ständig anhören (lesen) müssen, daß wir uns gegen Rußland stark machen müssen, sprich aufrüsten müssen, in etwa 3 Jahren kriegstüchtig sind im Sinne von „wir gewinnen“. Solange müssen wir die Ukraine verheizen, um Rußland zu schwächen…

Wir kennen die Ergebnisse des 1. und 2. Weltkrieges. Deutschland spielte mit dem Feuer und verbrannte sich beim ersten Mal nur die Finger“, aber beim zweiten Mal beinahe alles… Hier fehlt nur noch der Spruch von Berthold Brecht „Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr zu finden.“ Last uns deswegen den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD verstärken. Das bedeutet gleichzeitig den Kampf gegen den sich bei uns ausbreitenden Faschismus zu führen…Ihr wißt ja: Kampf gegen Faschismus heißt Kampf gegen den Kapitalismus. Also ist unsere Aufgabe abgesteckt.

W.S

Teste dein Wissen



Waagerecht:
4. Symbol der Vereinigung (Pieck und Grotewohl), 9. Das bessere Deutschland, 10. Großer Wohnungskonzern, 12. Militärischer Radpanzer, 14. Längster Fluss Europas, 15. Unbewohnte Wohnungen trotz Wohnungsnot, 17. Produktionsstätte, 19. Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, 23. Bis 1990 hieß Nischni Nowgorod so, 24. Ziel der Friedensbewegung, 25. Gemeinsames Handeln, 27. Gewinn aus Kapitalanlagen, 28. Autor des Buches "Zur Wohnungsfrage", 29. Widerstand, 31. Gemeinsames Bündnis, 35. Zweites Land mit Volksabstimmung 1946, 36. Wirtschaftliche Isolierung eines Landes, 37. Größter Staat der Erde, 40. Jährlich am 1.Juni, 41. Abkürzung Algerische Nationale Befreiungsfront, 42. Grundprinzip internationaler Arbeiterbewegung, 43. dt. komm. Politiker (KPD/SED) geb. in Leipzig 1893, 44. deutscher Fahrzeughersteller

Senkrecht:
1. Land der Unidad Popular, 2. Jugendorganisation der DDR, 3. Staatspräsident Venezuelas, 5. Gezielte politische Beeinflussung der Öffentlichkeit, 6. Abkommen von 1945 als Grundlage für Enteignungen, 7. Deutscher Autokonzern, 8. Politische Organisation 11. Bevölkerung eines Landes, 13. Hauptstadt Kubas, 16. Zahlungen nach dem Krieg, 18. Volkseigener Betrieb, 19. Schwarzmeerhalbinsel, 20. Triebkraft des Volksentscheids in Sachsen 1946, 21. Grundlage gesellschaftlichen Reichtums, 22. Übersicht ortsüblicher Mieten, 24. Bartträger - wäre im August 100 Jahre geworden, 26. Gesellschaft für Sport und Technik, 30. Militärischer Pflichtdienst, 32. Ort des Vereinigungsparteitags von KPD und SPD, 33. Europäische Hauptstadt, 34. Sowjetische Militäradministration, 38. Kuba unterstützte dort erfolgreich die MPLA, 39. Aus KPD und SPD entandene Partei, 40. Zuspitzung im Kapitalismus

Schachrätsel



Weiß ist am Zug. Matt in zwei Zügen.

Auflösung aus 02/2026

Waagerecht:
5. PROFIT - 10. DDR - 12. SANDINO - 14. WARE - 15. GEOPOLITIK - 18. TKMS - 19. IRAN - 20. MERCOSUR - 23. PRIVATISIERUNG - 24. GROENLAND - 25. STARLINK - 27. MACKIE - 30. MARX - 33. UNO - 34. DEMOKRATIE - 35. USA - 37. MILLIARDAERE - 39. UKRAINE - 40. MONOPOLKAPITAL - 41. EIGENTUMSFRAGE

Senkrecht:
1. KAPITALISMUS - 2. EINSTEIN - 3. HEINE - 4. GENOZID - 6. ROHSTOFFE - 7. BRICS - 8. PFLEGE - 9. REVOLUTION - 11. RHEINMETALL - 12. SOWJETUNION - 13. MADURO - 16. SANKTIONEN - 17. PALAESTINA - 21. VOLKSENTSCHEID - 22. FREGATTE - 26. DAVOS - 28. OXFAM - 29. LUXEMBURG - 31. LUTETIA - 32. GAZA - 36. PRIVARE - 38. PO

Schachrätsel: Dc7, d8D#

KALENDARIUM - JUNI

Gedenk- und Feiertage

01. Juni: Internationaler Kindertag

05. Juni: Weltumwelttag

12. Juni: Tag des Lehrers in der DDR

2. Sonntag im Juni: Tag des Eisenbahners; Tag der Werktätigen des Verkehrswesens in der DDR

16. Juni: Internationaler Tag der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Südafrika – „Sowetotag"

3. Sonnabend im Juni: Tag der Werktätigen der Wasserwirtschaft in der DDR

3. Sonntag im Juni: Tag der Genossenschaftsbauern und Arbeiter der sozialistischen Land- und Forstwirtschaft in der DDR

4. Sonntag im Juni: Tag des Bauarbeiters in der DDR

Historische Ereignisse

Juni 1891: Friedrich Engels: „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-Entwurfs".

01.06.1964: Gründung der Palästinensischen Befreiungsbewegung PLO.

04.06.1955: Jupp Angenfort wird als KPD-Mitglied vom Adenauer-Regime in der BRD zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

08.06.1946: I. Parlament der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Brandenburg/Havel. (bis 10.06.1946)

12.06.1964: Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR

13.06.1926: Einweihung des Revolutionsdenkmals auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde. Zur Einweihung spricht Wilhelm Pieck.

16.06.1963; Valentina Tereschkowa, erste sowjetische Kosmonautin und erste Frau im Weltraum umkreist die Erde.

16.06.1977: Die Volkskammer beschließt das neue „Arbeits-Gesetzbuch" der DDR.

17.06.1950: Gründung des ersten zentralen Jugendobjekts „Talsperre Sosa".

20.06.1865: Die Schrift „Lohn, Preis und Profit" von Karl Marx erscheint.

20.06.1926: Volksentscheid zur Enteignung der Fürsten in Deutschland findet statt.

22.06.1941: Hinterhältiger Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion unter Bruch des abgeschlossenen Nichtangriffpaktes im August 1939.

25.06.1945: Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gegründet.

26.06.1951: Widerrechtliches Verbot der FDJ in der Bundesrepublik Deutschland.

30.06.1946: Volksentscheid in Sachsen zur Enteignung der Nazis. 77,6% stimmten für die Enteignung.

30.06.1947: Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF).

Historische Personen

08.06.1914: Kurt Barthel (Kuba) geboren.

12.06.1869: Martin Andersen Nexö geboren.

16.06.1945: Nikolai Bersarin (Oberbefehlshaber der SMAD) gestorben.

17.06.1810: Ferdinand Freiligrath geboren.

17.06.1893: Hermann Matern geboren.

18.06.1882: Georgi Dimitroff geboren.

18.06.1936: Maxim Gorki gestorben.

20.06.1933: Clara Zetkin gestorben.

22.06.1960: Hermann Duncker gestorben.

24.06.1922: Walter Rathenau von der Reaktion in Deutschland ermordet.

30.06.1893: Walter Ulbricht geboren.

KONTAKTADRESSEN DER KPD

- **Kommunistische Partei Deutschlands**
  Zentralkomitee
  Johannesstraße 156
  99084 Erfurt
  Mobil 0170/1831495
  Telefon 0361/64458760
  E-Mail: post@k-p-d.org
  Büro: Jeden ersten Mittwoch, 19:00 Uhr, bitte vorher unter Mobil (s.o.) anmelden
- **Redaktion „Die Rote Fahne"**
  siehe Impressum (S. 7 rechts unten)
- **KPD-Landesorganisation Berlin/Brandenburg**
  c/o Werner Hänsel
  E-Mail: ll.berlin.brandenburg@k-p-d.org
  http://berlin.brandenburg.k-p-d.org
- Ansprechpartner für Brandenburg:
  c/o Cornelia Noack
  E-Mail: cornelianoack@gmx.net
- **KPD-Landesorganisation Sachsen**
  Email: ll.sachsen@k-p-d.org
- KPD-Regionalorganisation Dresden
  c/o Torsten Reichelt
  E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org
  Kontakt Oberlausitz: 03583/69 07 45
- KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland
  c/o Patrick Büttner
  E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt**
  E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org
- Kontakt: Halle/Bernburg
  E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org
- Kontakt: Zeitz
  E-Mail: ro.zeitz@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Thüringen**
- KPD-Regionalorganisation Erfurt
- KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland
  c/o Torsten Schöwitz
  Johannesstraße 156
  99084 Erfurt
- **KPD LO Wasserkante**
  - Mecklenburg-Vorpommern
  - Niedersachsen
  - Schleswig-Holstein
  - Hamburg

  c/o Christine Melcher
  Telefon 0151-55600955
  E-Mail: wasserkante@k-p-d.org
- **KPD Hessen**
  E-Mail: hessen@k-p-d.org
- **KPD NRW**
  E-Mail: nrw@k-p-d.org

ZITAT

Verlieren wir keine Minute Zeit. Der Krieg steht vor dem Tor. [...] Das gewaltige Friedensgebot der arbeitenden Massen muss in den Straßen das mordspatriotische Geschrei zum Schweigen bringen

Clara Zetkin (Die Gleichheit)

IMPRESSUM: Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383
Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck".
Redaktion: „Die Rote Fahne" / „Schriftenreihe der KPD".
Redaktionsanschrift: Die Rote Fahne, Johannesstraße 156, 99084 Erfurt.
Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org
E-Mail: info.drf@k-p-d.org
Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org
Abonnement: abo-drf@k-p-d.org
Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXXX.
Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. | Stellvertreter: Karsten Günther
Erstellt mit SCRIBUS - Open Source Desktop Publishing
Druck: Druckerei Böhlau, Ranftsche Gasse 14, 04103 Leipzig

Die „Die Rote Fahne" ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne" Monat 2026: 10. Monat 2026.

+++ INTERNATIONAL +++ INTERNATIONAL +++

Gegen Revanchismus und Geschichtsverfälschung

Zum Sudetendeutschen Kongreß in Brno

Der vom 22.-25.05.2026 in Brno abgehaltene Kongreß der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat deutlich gemacht, daß revanchistische Tendenzen in Europa längst nicht überwunden sind. Es ist das erste Mal in der Geschichte, daß diese Organisation, die nach 1945 auf Initiative und unter Beteiligung vieler aktiver Faschisten gegründet wurde und seitdem revanchistische und geschichtsrevisionistische Forderungen vertritt, ihren Kongress auf dem Gebiet der Tschechischen Republik abhielt. Unter dem Deckmantel historischer Erinnerung wurden dort Positionen vertreten, die objektiv auf die Relativierung der Verbrechen des deutschen Faschismus und die Infragestellung der antifaschistischen Nachkriegsordnung hinauslaufen.

Die politische Linie der Sudetendeutschen Landsmannschaft knüpft an Kräfte an, die historisch mit dem deutschen Faschismus und seiner Expansion nach Osten verbunden waren. Die Rolle der Henlein-Bewegung beim Zerschlagen der Tschechoslowakei 1938 sowie die Beteiligung am faschistischen Terror im „Protektorat Böhmen und Mähren“ sind historisch eindeutig. Wenn heute zentrale Ergebnisse der antifaschistischen Nachkriegsordnung, darunter die Beneš-Dekrete, delegitimiert werden, ist dies kein neutraler erinnerungspolitischer Akt, sondern Ausdruck eines Revanchismus, der die Ergebnisse des Sieges über den Faschismus in Frage stellt.

Besondere Bedeutung hat die Rolle westdeutscher Politik. In den westlichen Besatzungszonen und später in der Bundesrepublik konnten sich bereits wenige Jahre nach 1945 belastete Eliten und ehemalige NSDAPler wieder in Staat und Gesellschaft etablieren. Sie prägten Verwaltung, Justiz und politische Institutionen erneut. In diesem Zusammenhang gewannen auch Vertriebenenverbände und Landsmannschaften an Einfluß, die nicht nur Erinnerungsarbeit betrieben, sondern zunehmend in geschichtspolitische Debatten eingriffen.

Begleitet wurde diese Entwicklung von einer bis heute wirkenden antikommunistischen Grundorientierung der westdeutschen Staatspolitik. Diese historischen Kontinuitäten bilden den Hintergrund dafür, daß revanchistische Positionen nicht isoliert entstehen, sondern auf gewachsene politische Strukturen zurückgreifen können. Vor diesem Hintergrund ist die politische Unterstützung der Veranstaltung durch deutsche Stellen einzuordnen: Sie geschah mit politischer und finanzieller Unterstützung u.a. der bayerischen Regierung, auch unter Beteiligung hochrangiger Vertreter aus Landespolitik und Verwaltung.

Diese Entwicklungen stehen in einem größeren europäischen Zusammenhang. In zunehmendem Maße wird Geschichte nicht mehr als objektives gesellschaftliches Gedächtnis behandelt, sondern politisch umgedeutet und instrumentalisiert. Sowjetische und andere antifaschistische Denkmäler werden abgebaut oder umgedeutet, Geschichtsbilder in Schulbüchern verändert, Befreiungsgeschichte relativiert. Diese Umdeutung dient nicht der historischen Aufklärung, sondern schafft ideologische Voraussetzungen für neue militärische Konfrontationen und politische Eskalationen.

Der Kongreß in Brno war ein Ausdruck dieser Tendenz zur Normalisierung revanchistischer Geschichtsbilder. Dem ist entschieden entgegenzutreten. Das antifaschistische Erbe Europas ist das Ergebnis des historischen Sieges über den deutschen Faschismus. Seine Relativierung bedeutet immer auch einen Angriff auf die politischen Grundlagen des Friedens in Europa. Die Verteidigung dieser Errungenschaften ist keine Frage historischer Interpretation, sondern eine aktuelle politische Notwendigkeit. Ohne antifaschistisches Bewußtsein keine Zukunft in Frieden. Ohne historische Klarheit keine politische Orientierung. Ohne Verteidigung der Befreiung von 1945 kein Schutz vor den Katastrophen von morgen.

Die Redaktion

WKPB (Nina Andrejewa)

Am 9. Mai feiern wir den Sieg des sowjetischen Volkes über den Faschismus. Hinter diesem Sieg verbirgt sich ein tiefgreifender klassenpolitischer Kern. Die Sowjetbürger verteidigten nicht irgendeine leere Abstraktion namens „Vaterland“, sondern ihren eigenen Arbeiter- und Bauernstaat, den sie nach dem Oktober 1917 selbst aufgebaut hatten.

In nur zwei Jahrzehnten hat die Sowjetmacht einen gewaltigen Sprung vollzogen. Die Bruttoproduktion der Großindustrie der UdSSR war bis 1940 im Vergleich zu 1913 um mehr als das Siebenfache gestiegen, die Produktion von Produktionsmitteln sogar um das Zehnfache. Die Schwerindustrie wurde zur Grundlage der Unabhängigkeit. Das Land verwandelte sich von einem agrarischen und abhängigen Land in ein Industrieland, in ein Land der Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit wurde beseitigt, ein System sozialer Garantien geschaffen und die nationalen Kulturen gefördert.

Die Menschen sahen die konkreten Früchte ihrer Arbeit und gingen, als der Feind angriff, bewußt an die Front. Sie verteidigten das Land, weil es ihnen wirklich gehörte. Fabriken, Land und ihre Zukunft – all das war durch den Oktober erobert und mit den Händen der Arbeiter aufgebaut worden. Genau deshalb wurde der Krieg für die sowjetischen Menschen zu einem gerechten und befreienden Krieg.



Die Zerstörungen und Verluste waren kolossal. Die Sowjetunion verlor 26,6 Millionen Menschen. Die Rote Armee verlor unwiederbringlich fast 12 Millionen Soldaten. Unter den Gefallenen waren zwei Millionen Kommunisten. Die Faschisten zerstörten 1710 Städte, mehr als 70.000 Dörfer und 32.000 Fabriken vollständig oder teilweise.

Der Faschismus ist eine unverhüllte Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Kreise des Großkapitals. Er entsteht, wenn die herrschende Klasse die Macht mit herkömmlichen Methoden nicht mehr aufrechterhalten kann und all ihre Kräfte auf die Unterdrückung der Werktätigen und die Vorbereitung der gewaltsamen Eroberung neuer Märkte wirft.

Der Faschismus ist kein Zufall, sondern ein gesetzmäßiges Produkt des Kapitalismus. Die Planwirtschaft, der sozialistische Zusammenhalt und die Opferbereitschaft der Arbeiter ermöglichten es der Sowjetunion, den Kriegsverlauf zu wenden und die faschistischen Imperialisten zu vernichten.

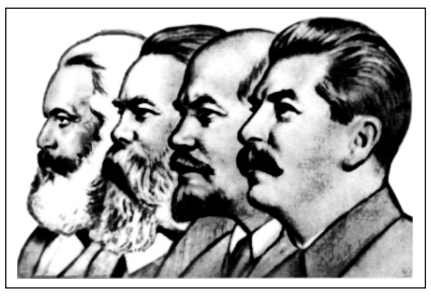
Heute versucht die herrschende Klasse, sich diesen Sieg anzueignen. Die herrschende Ausbeuterklasse predigt nationale Einheit, verschließt aber gleichzeitig das Lenin-Mausoleum und kürzt die sozialen Garantien. Sie nutzt die Erinnerung an den Krieg, um ihre Macht zu festigen und Klassenwidersprüche zu verschleiern.

Ohne die Oktoberrevolution hätte es diesen Sieg nicht gegeben. Nur ein sozialistischer Staat war in der Lage, Millionen von Menschen im Kampf gegen den Faschismus zu vereinen. Der sowjetische Patriotismus hatte einen klaren Inhalt: Die Verteidigung der realen Errungenschaften der Werktätigen und nicht der Profite der Bourgeoisie. Der Sieg im Mai 1945 beweist die Stärke der proletarischen Mehrheit, wenn sie ihr Schicksal selbst in die Hand nimmt.

W.S.

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat Juni Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



Die Europäische Kommission fordert, die unumgänglichen Fragen der historischen Wahrheit über die 200 kommunistischen Helden von Kesarianis von der Tagesordnung zu streichen

Die Europäische Kommission fordert demonstrativ, den Antrag der KKE-Fraktion im Europäischen Parlament zurückzuziehen, der auf der Grundlage unwiderlegbarer Beweise und Fotos von 200 Kommunisten, die sich dem Nazi-Ungeheuer entgegenstellten, den antihistorischen Charakter der EU-Ideologen entlarvt, die den Kommunismus mit dem Faschismus gleichsetzen, und zudem die destruktive und voreingenommene Haltung der Europäischen Kommission gegenüber der gerechten, aber bislang unbefriedigten Forderung nach Zahlung von Kriegsreparationen durch Deutschland für die Nazi-Verbrechen in Griechenland offen legt.

„Historische Narrative und Kriegsreparationen fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommission“, erklärt die Europäische Kommission schamlos und fordert, die Anfrage zurückzuziehen.

Die 200 Kommunisten von Kesarianis und die Größe ihrer Heldentat sind kein „Narrativ“, wie die EU behauptet, sondern eine unbestreitbare historische Wahrheit, die ihr wie ein Stachel im Hals steckt.

Es ist offensichtlich, dass solche Fragen die EU äußerst verärgern, denn die Erschießung von 200 Helden unseres Volkes beweist die Unhaltbarkeit ihrer eigenen Theorie der „zwei Extreme“ – der Gleichsetzung von Henker und Opfer, die dazu dient, die Nazi-Verbrechen zu rechtfertigen und die Forderung nach einer sofortigen und vollständigen Zahlung von Kriegsreparationen durch Deutschland zu begraben.

Aber mal ehrlich, wer behauptet mit solcher Heuchelei, dass „das nicht in unserer Zuständigkeit liegt“?

Genau jene Europäische Union, die:

- den 23. August (Tag der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes) als „Europäischen Gedenktag für die Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus“ festgelegt hat,
- den 9. Mai – den Tag des Großen Sieges der Völker über den Faschismus – in den Tag der Europäischen Union umbenennt, in dem vergeblichen Versuch, das historische Gedächtnis auszulöschen,
- als Schutzpatron ihrer Mitgliedstaaten auftritt, die versuchen, kommunistische Parteien zu verbieten, wie es derzeit in Polen geschieht,
- versucht, Mythen wie den „Holodomor“ und Katyn als historische Wahrheit auszugeben und öffnet die Türen des Europaparlaments für alle möglichen faschistischen Veranstaltungen,
- hat die Massenproduktion antikommunistischer Resolutionen in Gang gesetzt, die die mit dem Blut der Völker geschriebene Geschichte umschreiben,
- bietet Deckung für imperialistische Aggressionen und Gräueltaten auf der ganzen Welt, ähnlich denen, die seine Verbündeten – die USA und Israel – begehen,
- verbietet im Europaparlament Solidaritätsaktionen mit dem kubanischen Volk und unterstützt Pläne zu dessen Unterdrückung.

All dies, so stellt sich heraus, „fällt in seinen Zuständigkeitsbereich“. Aber nur nicht Reparationen für Nazi-Verbrechen, kein Zwangs-Besatzungskredit und keine Plünderung archäologischer Schätze. Obwohl all dies in internationalen Abkommen verankert ist, die zwei EU-Mitgliedstaaten binden.

Die zutiefst reaktionäre, klassenorientierte Politik der EU ist in der DNA jedes imperialistischen zwischenstaatlichen Bündnisses verankert. Deshalb kann sie ihre „Allergie“ gegen alles nicht verbergen, was den Zusammenprall zweier Welten belegt: der arbeitenden Menschen, die den Reichtum schaffen, und der Ausbeuter.

Antikommunismus geht Hand in Hand mit der Einbeziehung in Kriege, der Umstellung der Wirtschaft auf Kriegswirtschaft und der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeit, vor allem aber mit der Angst davor, dass die Völker durch ihren Kampf das derzeitige verfaulte System, dem die EU dient, stürzen und eine neue sozialistische – kommunistische – Gesellschaft aufbauen könnten.

Die Anfrage wird nicht zurückgezogen, ebenso wenig wie die historische Wahrheit und die unerbittlichen Fragen, die sie aufwirft.

Die beste Antwort werden die Arbeiter und die Jugend geben, indem sie an ihrem Tag, am Tag der Arbeiterklasse, am Arbeiter-1. Mai, am Gedenktag für die 200 kommunistischen Helden von Kesarianis, die Plätze und Straßen der ganzen Welt überfluten.

Kommentar der Tageszeitung „RIZOSPASTIS“ – Organ des ZK der KKE

ABONNEMENT: Die Rote Fahne

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 35,00 Euro beziehen.
☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 45,00 Euro beziehen.
☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 20,00 Euro beziehen.
☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 30,00 Euro beziehen.
☐ Ich bitte um das Statut und Programm der KPD.
Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.
☐ Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Das Abonnement kann auch formlos, unter Angabe aller Adressdaten, per Email an abo-drf@k-p-d.org bestellt werden

Name ..... Vorname .....
Straße .....
PLZ ..... Wohnort .....
Telefon/Fax .....
Email ..... @ .....